

PRAXISHANDREICHUNG

Sozialraummanagement

Lisa Bartling







Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	7
2	Das Konstrukt des Sozialraumes	9
2.1	Sozialraum – Eine Begriffsklärung	9
2.2	Konstruktion von Sozialräumen	10
2.3	Die sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf	10
3	Heterogenität von Sozialräumen erfassen und abbilden	13
3.1	Die Bedeutung von Sozialräumen im Förderprogramm „Soziale Stadt“	13
3.2	Sozialmonitoring in der Stadt Gelsenkirchen	14
3.3	Datenkatalog zur sozialräumlichen Planung	15
4	Verknüpfung von Planungs- und Beteiligungsprozessen	19
4.1	Zentrale Akteure bei der Interpretation von Daten	19
4.2	Intensität und Zielrichtung von direkter Beteiligung	20
4.3	Beteiligungsmodelle	21
4.4	Quartiersentwicklung in der Stadt Bielefeld	24
5	Erreichbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen durch sozialräumliche Zugänge	29
5.1	Unterschiedliche Formen des Elterndaseins – Wer ist schwer erreichbar?	30
5.2	Armutserfahrung als Zugangsschwelle	30
5.3	Potentiale im Sozialraum	32
6	Zusammenfassung	45
7	Literaturverzeichnis	47
8	Abbildungsverzeichnis	49
9	Impressum	51



1 Einführung

Im Landesmodellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ haben sich im Sommer 2012 vier Arbeitsgruppen konstituiert, die zu ausgewählten Themenbereichen arbeiten. Eines dieser so genannten Themencluster trägt den Titel „Sozialraummanagement“ und setzt sich aus VertreterInnen aus insgesamt 12 Kommunen zusammen. Das Themencluster verfolgt den Anspruch, sich gemeinsam diesem inhaltlichen Schwerpunkt zu nähern und unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes bestehende sowie geplante Ansätze und Konzepte auszutauschen, sich zu beraten und diese Ergebnisse der interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen. An dieser Stelle sei den Teilnehmenden des Themenclusters herzlich gedankt, die die Ausgestaltung der Themen maßgeblich beeinflusst und damit an der Erstellung der vorliegenden Veröffentlichung mitgewirkt haben.

Die soziale Ungleichheit, die deutschlandweit seit den 1980er Jahren zunimmt, wirkt sich in den Städten und Gemeinden insbesondere auf der Ebene der Stadtteile bzw. Quartiere aus.¹ Es ist empirisch nachgewiesen, dass sich soziale Gruppen in bestimmten Gebieten konzentrieren und eine räumliche Segregation stattfindet, d.h. dass sich soziale Ungleichheiten auf den Raum übertragen. Diese so genannten „Sozialraumpaltungen“ (Krummacker et al. 2003, S. 9) können zu der Entwicklung von Armutsquartieren und einer Verfestigung von Armutsspiralen führen.² Soziale Segregation ist ein Phänomen moderner Gesellschaften und zugehöriger Wanderungsbewegungen, das auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden kann. Gleichzeitig stehen die Kommunen in der Verantwortung, die Chancen für gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und Lebensräume aufzuwerten. Dazu sind komplexe Entwicklungsprozesse notwendig, die sowohl die Identifikation von benachteiligten Stadtgebieten mitsamt spezifischen Handlungsbedarfen als auch die Konzeption integrierter Handlungskonzepte beinhalten. Um die Heterogenität der Lebensverhältnisse innerhalb einer Stadt oder Gemeinde sichtbar zu machen und mögliche Segregationsprozesse abfedern zu können, ist daher die Betrachtung von kleinen Räumen innerhalb der Gebietskörperschaft Kommune notwendig.

Damit einer sozialen Segregation entgegengewirkt werden kann, sind ineinandergreifende Angebotsstrukturen und eine Aktivierung der Menschen und vorhandener nachbarschaftlicher Bündnisse erforderlich. Das Paradigma einer lebenswelt- und sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe, die direkt im Wohn- und Lebensraum der Kinder, Jugendlichen und Familien verortet ist und deren Bedarfe sowie eigene Stärken berücksichtigt, ist – zumindest auf programmatischer Ebene – in der Kinder- und Jugendhilfe seit Langem fest verankert (vgl. Zehnter Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung; Achter Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW).³ Unter sozialpädagogischem Blickwinkel geht man davon aus, dass die Menschen in ihrem Alltag über Kompetenzen und Ressourcen verfügen, ihre individuellen Lebenssituationen sowie Herausforderungen selbstständig zu lösen und dass professionelle Hilfe sich daran orientieren muss. Der fachliche Anspruch für Unterstützungsleistungen liegt also darin, vorhandene Ressourcen zu identifizieren und zu stärken und diese ggf. wieder „freizulegen“ (vgl. Schrapper 2006). Dazu erfolgt nicht ausschließlich der Blick auf den Einzelfall und dessen Lebensbezüge, sondern der Blick wird erweitert um die Berücksichtigung des Wohnumfeldes und der vorhandenen Strukturen. Diese Betrachtung des lokalen Nahraums ist erforderlich, um Kinder, Jugendliche und Familien in ihren alltäglichen Situationen erleben und verstehen zu können und in einem weiteren Schritt darauf aufbauend multiprofessionelle Handlungskonzepte und Unterstützungsleistungen zu arrangieren (vgl. Kessel et al. 2005). Wichtig dabei ist, dass sich die Unterstützungsleistungen den AdressatInnen anpassen und nicht die Bedarfslagen entsprechend dem Repertoire der Leistungen zugeschnitten und ggf. uminterpretiert werden (vgl. Fehren/Hinte 2013).

Viele Kommunen ermitteln anhand sozialstatistischer Daten und Indikatoren besonders entwicklungsbedürftige Stadtteile bzw. Quartiere und erklären die Aufwertung von Räumen sowie die Verbesserung der Lebensverhältnisse durch integrierte Stadtteil-Konzepte zu einer zentralen Aufgabe innerhalb der Sozialplanung und Stadtentwicklung (vgl. Handbuch moderne Sozialplanung vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2011).⁴ Zusätzlich zu einer sozialstatisti-

1. Der Anstieg sozialer Ungleichheit lässt sich an mehreren Faktoren ablesen wie zum Beispiel wachsende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung (mehr dazu im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2013).

2. Weitere Informationen zur Verfestigung von gesellschaftlichen Selektionsmechanismen und Armutsbiographien in Schütte 2013.

3. Die Grundlagen dafür bilden in Deutschland die Tradition der Gemeinwesenarbeit und der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit (mehr dazu vgl. Seippel 1976, Hinte/Karas 1989). Deren Theorie und Praxis haben den Fokus auf die Ebene der Wohnquartiere und der vorhandenen Lebensbedingungen, vor allem auch Benachteiligungen, gelegt.

4. Die Veröffentlichung kann unter folgendem Link kostenfrei heruntergeladen werden: <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/moderne-sozialplanung/1215>.

schen Datengrundlage ist die Orientierung an subjektiven Lebenslagen erforderlich, um herausfinden zu können, welche Entwicklungsverläufe und möglichen Problemlagen von den betroffenen Menschen als ‚real‘ wahrgenommen werden und welche Unterstützungsformen angenommen werden (würden). Denn nach wie vor gibt es sowohl in der sozialen Arbeit wie auch in anderen Tätigkeitsfeldern Angebote, die sich nicht ausreichend an der Lebenswelt orientieren, zu hohe Barrieren der Inanspruchnahme aufschichten und dementsprechend nur unzureichend von denen genutzt werden, die mutmaßlich am meisten davon profitieren könnten. Um die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und auch vorhandenen Ressourcen erfassen zu können, ist daher eine Ergänzung sozialstatistischer Daten durch subjektive Sichtweisen und Einschätzungen erforderlich. Diese beiden Ebenen – Analyse sozialstatistischer Daten und Erfassung subjektiver Lebenslagen – können als zentrale Quellen für die Entwicklung integrierter Konzepte und Angebote zur Verbesserung von Lebens- und Raumverhältnissen gelten. Sie werden jedoch oftmals nur getrennt voneinander und in unterschiedlichem Umfang hinzugezogen, d.h. eine Orientierung an quantitativen sozialstatistischen Daten fungiert häufig für sich allein ohne vorhandene kleinteilige Beteiligungsprozesse (beispielsweise im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit) hinzuzuziehen oder neue Verfahren zu generieren.

In der vorliegenden Handreichung wird eine Verknüpfung dieser beiden Elemente vorgenommen. Im Mittelpunkt stehen dabei Planungsprozesse und

Verfahrenswege zur Identifikation lokaler Lebensverhältnisse als Vorbereitung auf eine passgenaue Konzept- und Angebotsentwicklung sowie Zugangsformen zu unterschiedlichen Zielgruppen durch sozialräumlich ausgerichtete Angebote. An dieser Stelle sei ebenfalls auf die sozialpädagogische Debatte in der sozialräumlichen Kinder- und Jugendarbeit hingewiesen, die jedoch hier nicht fokussiert wird.⁵ Im Anschluss an die Einführung wird im folgenden zweiten Kapitel in die Begrifflichkeit des Sozialraums sowie in die Konstruktion von Sozialräumen eingeführt. In Kapitel drei werden Rahmenbedingungen für eine kleinräumige Datenerfassung und ein konkreter Datenkatalog dargestellt, um im anschließenden vierten Kapitel aufzuzeigen, wie sozialstatistische Daten durch Beteiligungsverfahren und qualitative Daten abgeglichen werden können. Kapitel fünf bezieht sich auf die Erreichbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen und es werden konkrete Angebote aus den am Themencluster teilnehmenden Kommunen dargestellt, die Zugänge durch einen sozialräumlichen Ansatz eröffnen. Am Ende jedes Kapitels sind Empfehlungen aufgeführt, die das Themencluster zu dem entsprechenden Themenkomplex abgibt.⁶ Außerdem gibt es im Fließtext die Formulierungen „Das Themencluster sendet den Impuls, dass ...“ / „Das Themencluster spricht sich dafür aus, dass ...“, die in Verbindung mit den Empfehlungen zu verstehen sind. Zusätzlich dazu wird bei den kommunalen Beispielen die Rubrik „Das ist besonders interessant“ ergänzt, in der die für innovativ erachteten Aspekte zusammengefasst werden.

5. Weitere Informationen zur Sozialraumdiskussion in der Kinder- und Jugendarbeit in Deinet 2009.

6. Diese Empfehlungen sind in den gemeinsamen Sitzung des Themenclusters erarbeitet und von der Autorin gezielt bei den Teilnehmenden abgefragt worden, d.h. es handelt sich nicht um Einzelstatements, sondern von einer Gruppe von kommunalen Akteuren getragene Hinweise.

2 Das Konstrukt des Sozialraumes

2.1 Sozialraum – Eine Begriffsklärung

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht gilt ein Raum als „soziales Produkt“, wenn sich dort Menschen bewegen, die sich diesen Raum aneignen und ihn nutzen. Die Übertragung des Sozialraum-Begriffs stammt aus der Übersetzung von „social area“, einem Begriff, den die soziologische Chicagoer Schule⁷ durch wohnquartiersbezogene, stadtsoziologische Forschungen in den 1920er Jahren geprägt hat und der ein Konstrukt aus den beiden Bezeichnungen „natural area“ und „cultural area“ darstellt (Krummacker et al. 2003, S. 12). Der Begriff ‚Sozialraum‘ stellt eine Verbindung zwischen dem physikalischen Raum und den Menschen,

die diesen Raum nutzen, her und bedeutet gleichermaßen, dass sich soziale Gegebenheiten dort konzentrieren. Bei der Bedeutung muss sowohl die Ebene des Individuums als auch die territoriale Ebene berücksichtigt werden. Denn einerseits wird ein Sozialraum durch die Individuen, ihre Aktionsradien und deren Überlappungen definiert und andererseits ist der Sozialraum eine institutionell definierte Steuerungsgröße, die innerhalb der Bürokratie als Ergänzung zu Ämtern oder Abteilungen fungiert (vgl. Hinte 2012). Folgende Auflistung vergegenwärtigt unterschiedliche Merkmale eines Sozialraumes:

7. Die soziologische Chicagoer Schule umfasst die im 20. Jahrhundert betriebene Forschungsarbeit am Institut für Anthropologie und Soziologie der University of Chicago.

Ein Sozialraum ist ...

- bestimmt durch Geographie, Stadtplanung und Verwaltungseinheiten
- nicht abhängig von der Einwohnerzahl
- eventuell abhängig von Flächen
- historisch gewachsen durch BewohnerInnen und Strukturen
- bestimmt durch Lage zu anderen Räumen und in Abgrenzung zu anderen Räumen
- bestimmt durch selbst vorgenommene Abgrenzungen der BewohnerInnen gegenüber anderen AnwohnerInnen, Straßenzügen o. ä.
- bestimmt durch gewachsene Beziehungen und Bezüge zu ansässigen Institutionen und bekannten Schlüsselpersonen
- bestimmt durch religiöse, ethnische Zugehörigkeiten
- ein dynamischer Raum: Lebensbiographien verändern sich, Fluktuationen nehmen zu, Aktionsradius verändert sich
- ein erweiterter Familienraum: Familie lebt im Nahfeld, d.h. draußen auf der Straße, im Hinterhof, bei den Nachbarn im Garten usw.
- beeinflussbar durch Stadtplanung und Schaffung von Anreizen in Form von Seen, Grünflächen, Spielplätzen o. ä.
- geprägt durch Ankerstandorte: Schule, Kiosk, Kneipen
- geprägt durch im Quartier gut vernetzte „Schlüsselpersonen“
- geprägt durch eigenständige Kultur und unterschiedliche Möglichkeiten der Mitsprache

Es handelt sich um eine Sammlung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.
Quelle: Eigene Darstellung

2.2 Konstruktion von Sozialräumen

Die Festlegung eines bestimmten Territoriums zu einem Sozialraum erfolgt idealtypisch im Zusammenspiel von geographisch und administrativ definierten Grenzen (Unterteilung in Stadtbezirke, Bebauung, Straßenverläufe, Grünflächen etc.) und sozialen Verhaltensräumen (Treffpunkte, Bevölkerungsstruktur etc.). Der Sozialraum mitsamt vorhandener Infrastruktur kann als Grundlage für Planungs- und Gestaltungsprozesse sowie für Finanzierungsmodelle gelten, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen gemeinsam mit den Menschen in ihrem Sinne zu gestalten. Eine dezentrale, sozialräumlich orientierte Planung und Gestaltung von Angeboten beinhaltet die Möglichkeit, Dienstleistungen im alltäglichen Lebensbereich der Zielgruppen passgenau erbringen zu können.

In den meisten Kommunen wird ein Sozialraum aktuell vorrangig durch Verwaltungs- und Geographiemerkmale konstruiert, d. h. ein Raum wird aufgrund kommunaler Gebietskörperschaften wie Stadtteilen oder Wahlbezirken, natürlicher und baulicher Grenzen in Form von Flüssen, Bahnschienen etc. zu einem Sozialraum. Die Unterteilung und Bezeichnung von Raum- und Planungseinheiten in der Kommunalverwaltung entspricht jedoch oftmals nicht den sozialen

Aktionsräumen der Menschen, sondern dem Prinzip, möglichst vergleichbare Verwaltungsräume zu konstruieren, um Daten über die Lebensverhältnisse der Menschen innerhalb eines bestimmten Raumes sammeln und Angebote der Bildungs-, Jugend-, Gesundheits- und Sozialarbeit planen zu können. Diese Verwaltungs- und Planungseinheiten werden oftmals unabhängig von den subjektiven Lebensräumen konstruiert. Da zum jetzigen Zeitpunkt in vielen Kommunen die Verwaltungsebene des statistischen Bezirkes gleichbedeutend als Sozialraum verstanden wird, sendet das Themencluster den Impuls, bei der Einteilung von kleinen Räumen die lokale Infrastruktur und insbesondere die Lebenslagen der Menschen stärker zu berücksichtigen und Raumaufteilungen dementsprechend zu überprüfen. Ein Beispiel für ein etabliertes lebensweltorientiertes Verständnis von Sozialräumen wird im folgenden Absatz beschrieben. Damit wird dramaturgisch der erste Schritt sozialräumlicher Planung und Angebotskonzeption dargestellt: die subjektorientierte Konstruktion von Raumeinheiten. Anschließend folgen darauf aufbauend weitere lokale Beispiele, die sich der Interpretation der Daten und daraus abzuleitenden Handlungsbedarfen widmen.

2.3 Die sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf

Ende der 1990er Jahre hat das Jugendamt der Stadt Düsseldorf in einem umfangreichen Abstimmungsprozess eine kleinräumige Untergliederung der Stadtteile vorgenommen, die sich unabhängig von bestehenden Verwaltungseinheiten an sozialstrukturellen Merkmalen und der konkreten sozialen Wirklichkeit orientiert. Aktuell gibt es in Düsseldorf 160 festgelegte Sozialräume, die unterhalb der Ebenen Stadtbezirk und Stadtteil als Planungs- und Gestaltungsinstrumente dienen. Die Konstruktion dieser Sozialräume ist im Rahmen eines von der Jugendhilfeplanung verantworteten Stellenverteilungsmodells für den Bezirkssozialdienst vorgenommen worden. Als Orientierung galten dabei verschiedene Daten wie beispielsweise Angaben zu sozioökonomischen Verteilungen und Bebauungsstrukturen. Die Ab- und Eingrenzung der jeweiligen Gebiete ist gemeinsam mit den

MitarbeiterInnen der unterschiedlichen Außenstellen des Bezirkssozialdienstes erarbeitet und im Konsens vereinbart worden. Dadurch, dass der Sozialdienst stadtteilorientiert tätig ist und ein breites Aufgabenspektrum (Jugend-, Sozial- und Gesundheitshilfe) bedient, galten die BezirkssozialarbeiterInnen als besonders geeignet für diese Aufgabe. Die Konstruktion der Sozialräume wurde basierend auf deren Kenntnis über Wohnstrukturen, Wohnumfelder sowie Einzelinformationen über Wünsche und Bedürfnisse der AnwohnerInnen getätigt. Die beteiligten MitarbeiterInnen haben mit ihrem Wissen eine lebensweltorientierte Perspektive eingebracht und die Zuschreibung der Sozialräume maßgeblich geprägt. Die Gliederung wird fortlaufend alle fünf Jahre überarbeitet und neuen Entwicklungen angepasst (vgl. Klein, Internetquelle).

Das ist besonders interessant:

- Kleinräumig definierte Sozialräume dienen unterhalb der Ebenen Stadtbezirk und Stadtteil als Planungs- und Gestaltungsinstrumente
- Die Konstruktion dieser Einheiten ist gemeinsam mit BezirkssozialarbeiterInnen vorgenommen worden und berücksichtigt deren Kenntnisse über die AnwohnerInnen und deren Lebenslagen

Empfehlung aus dem Themencluster:

- Bei der Konstruktion von Sozialräumen als Planungseinheiten sollten die Lebenslagen der Zielgruppen stärker in den Blick genommen werden



3 Heterogenität von Sozialräumen erfassen und abbilden

Wie der Sozialbericht NRW 2012 (erneut) gezeigt hat, gibt es in Nordrhein-Westfalen regionale Unterschiede in der Verteilung der Einkommensentwicklung und dem damit verbundenen Armutsrisiko (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2012). Diese stadtweiten Unterschiede spiegeln sich innerhalb der Städte und Gemeinden wiederum auf der Ebene der Stadtteile und Quartiere. Bereits seit mehreren Jahren ist bekannt,

dass Wechselwirkungen zwischen der Gegebenheit des Wohnumfeldes (Bebauung, Grünflächen, Freizeiteinrichtungen) und der Konzentration bestimmter sozialer Gruppen bestehen und es wird bereits seit einiger Zeit gefordert, Segregationsprozesse und mögliche Armutsspiralen durch eine ausgleichende Stadtentwicklung und Kommunalpolitik abzufedern (vgl. Einführung in dieser Publikation, Krummacher et al. 2003).

3.1 Die Bedeutung von Sozialräumen im Förderprogramm „Soziale Stadt“

Im Zuge kleinräumiger Segregationsprozesse in Stadtteilen und Quartieren folgt das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ einem präventiven Ansatz und bildet die Grundlage für integriertes Handeln (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2013). Nachdem das 1999 gestartete bundesweite Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ häufig ausschließlich zu räumlichen Aufwertungen, nicht aber zu Unterstützungen der Lebensverhältnisse insgesamt geführt hat, ist das Programm weiterentwickelt und 2012 mit einer erweiterten Zielperspektive aufgelegt worden. Es fokussiert unter dem neuen Titel „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ nun verstärkt die Verknüpfung von Baumaßnahmen mit Maßnahmen zur Bildungs- und Integrationsförderung (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Internetquelle).

Diese Programmatik bezieht sich nun nicht mehr ausschließlich auf baulich-materielle Fördergegenstände, sondern formuliert die Einbettung integrierter Entwicklungskonzepte mitsamt Beteiligungselementen sowie eine Verbesserung sozialer Infrastruktur als eigene Aufgaben. Das Quartier soll laut Koalitionsvertrag stärker als förderpolitische Handlungsebene begriffen werden und das Programm Soziale Stadt kann dabei die ‚Klammer‘ bilden (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2013). Das bedeutet beispielsweise, dass durch Mittel aus der Sozialen Stadt Jugendzentren, kombinierte Schul- und Bildungseinrichtungen mit Angeboten für Familien-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit gebaut bzw. modernisiert sowie für

den (Um-)Bau erforderliche Beteiligungsprozesse finanziert werden können. Dabei gilt die vom Bund angeregte Orientierung am Sozialraum⁸ sowie die multiprofessionelle Konzeption und Ausgestaltung von Angeboten als präventiver Ansatz. Auf Landesebene wird diese Leitidee explizit aufgegriffen und ausgestaltet. In dem vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen aufgelegten Handlungskonzept „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ wird die Bedeutung sozialräumlicher Ansätze gestärkt und die Verbesserung von Lebenslagen mit lokalen Entwicklungen in den Quartieren in Bezug gesetzt (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2013).

Unabhängig von den Indikatoren, die bei der Aufnahme in das Programm Soziale Stadt dargestellt werden müssen⁹, ist eine kleinräumige Datenerhebung für kommunale Planungsprozesse erforderlich. Eine kleinräumige Erhebung sozialstatistischer Daten ermöglicht eine detaillierte Einschätzung vorhandener Lebensverhältnisse und gilt als zentrale Quelle zur Abbildung möglicher Schief lagen. Im folgenden Unterkapitel wird beispielhaft das Sozialmonitoring der Stadt Gelsenkirchen aufgeführt, da Gelsenkirchen im Bereich der integrierten Fachplanung einen vergleichsweise hohen Entwicklungsstand aufweist: Die Datenbestände unterschiedlicher Ressorts, die kleinräumig vorliegen, werden systematisch (nicht ausschließlich anlassbezogen) zusammengeführt und als Grundlage für Risikoanalysen, fachliche Schwerpunktsetzungen und die Ausgestaltung von Angebotsstrukturen genutzt.

8. Die Begrifflichkeiten Quartier und Sozialraum werden häufig analog zueinander verwendet. Dass damit wiederum oftmals nur Verwaltungseinheiten gemeint sind, widerspricht dem eigentlichen Verständnis eines Sozialraumes und wird an späterer Stelle aufgegriffen.

9. Um im Programm „Soziale Stadt“ gefördert zu werden, muss die Kommune in einem integrierten Handlungskonzept einen ausgewählten Stadtteil mitsamt seinen Belastungen beschreiben. Dafür können unterschiedliche Indikatoren wie z. B. demographische Struktur, Arbeitslosenquote, Anteil der Alleinerziehenden herangezogen werden, die dann im Vergleich zur Gesamtstadt stehen. Weitere Informationen: http://www.soziale-stadt.nrw.de/downloads/Integrierte_Handlungskonzepte.pdf [Alle Links in dieser Publikation zuletzt aufgerufen am: 19.02.2015].

3.2 Sozialmonitoring in der Stadt Gelsenkirchen

Seit Januar 2014 ist im Vorstandsbereich des Oberbürgermeisters im Referat Verwaltungskoordination neben der Koordinierungsstelle Kommunale Prävention mit der Sozialplanung die Abteilung Statistik und Monitoring verortet. In der Stadt Gelsenkirchen gibt es seit mehreren Jahren den Arbeitskreis (AK) Sozialraum/Sozialmonitoring als eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe städtischer PlanerInnen. Der AK Sozialmonitoring/Sozialraum ist als festes Strategieteam in die Organisationsstruktur der Koordinierungsstelle Kommunale Prävention integriert. Zahlreiche PlanerInnen aus unterschiedlichen Vorstandsbereichen sind Mitglied im Strategieteam, das derzeit aus folgenden Bereichen besteht: Jugendhilfeplanung, Bildungsplanung, Pflegeplanung, Psychiatriekoordination, Statistikstelle, Kommunale Prävention/Sozialplanung, Umweltplanung, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Gelsensport, IAG.

Aus der Arbeit dieses Gremiums ist im Rahmen integrierter Planung ein Indikatorenkatalog entwickelt worden, der statistische Daten unterschiedlicher Verwaltungsbereiche abbildet und im Mai 2013 als verbindliche Planungsgrundlage eingeführt wurde. Mit diesem Instrument können unterschiedliche Anforderungen der Sozialräume mehrdimensional erkannt werden, und ein ressourcenoptimiertes und effizientes Handeln im Rahmen wirkungsorientierter Steuerung verfolgt werden („Indikatorenkatalog der Stadt Gelsenkirchen – Ein Baustein gesamtstädtischer Steuerung und Planung“). Der Indikatorenkatalog zeichnet sich durch vier Eigenschaften aus: Er ist sozialräumlich, nachhaltig, einheitlich und integriert.

- Sozialräumlich bedeutet, dass die Indikatoren kleinräumig erfasst werden, d.h. dass die Gesamtstadt in 40 Teilräume gegliedert wird, die so genannten REGE-Gebiete¹⁰.
- Integriert heißt, dass alle Planungseinheiten der Stadtverwaltung beteiligt sind und die unterschiedlichen Bereiche Bevölkerung, Arbeit und Soziales, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Wohnen und Umwelt repräsentiert sind.
- Nachhaltig meint, dass die Daten regelmäßig, d.h. in den meisten Fällen jährlich aktualisiert werden, um Zeitreihen bilden zu können.

- Einheitlich bedeutet, dass die Altersgrenzen, Stichtage und Messgrößen identisch sind.

Darüber hinaus wurde ein Monitoringkonzept mit Indexbildung entwickelt. Im Rahmen des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurückzulassen!“ wurde der Index „Partizipation von Kindern“ entwickelt, berechnet und analysiert. Auf dessen Grundlage wurde ein Atlas erstellt. Dieser verfolgt die Zielstellung, die Lebenslagen, Ausgangsvoraussetzungen und Teilhabechancen Gelsenkirchener Kinder und dadurch auch die entsprechenden Handlungsbedarfe sozialraumscharf und mittels eines komprimierten Verfahrens (durch Indexbildung) abzubilden. Die inhaltliche und methodische Konzeptionierung fand in enger Abstimmung mit dem AK Sozialmonitoring/Sozialraum statt. Im Index wird die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern in fünf Lebensbereichen/Dimensionen gemessen, die sich in den Teilindizes wirtschaftliche Lage von Kindern, Integrationsbedarf, Gesundheitsbedingungen, Bildungsbeteiligung sowie Wohn- und Umweltbedingungen abbilden.

Auf der Ebene ‚Strategische Handlungsfelder‘ (gesellschaftliche Teilhabechancen von Kindern) werden diese Teilindizes zu einem Wert gebündelt und weisen dadurch anschaulich, kompakt und übersichtlich auf problematische Strukturen und positive Veränderungen in der Stadt hin. Die Ergebnisse und eine erste Bestandsanalyse liefern valide Daten und Informationen für den Verwaltungsvorstand, die Fachverwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Sie dienen als Grundlage für die weitere Strategieentwicklung und Ressourcensteuerung. Im regelmäßigen Zeitvergleich soll er zukünftig die Möglichkeit bieten, sozialräumliche Ungleichheiten und problematische Entwicklungen zu identifizieren (Frühwarnsystem) und ihnen entgegen zu steuern. Nachdem der Index der Fachverwaltung vorgelegt wurde, wird er 2015 den relevanten Gremien, Ausschüssen und Bezirksvertretungen vorgestellt. Grundsätzlich ist dieses System der Indexbildung übertragbar auf andere Handlungsfelder, derzeit wird die Indexbildung für die Stadtentwicklung entwickelt.

10. Für kleinräumige Raumbeobachtungen wurden 40 REGE-Gebiete als Untereinheiten der 18 Stadtteile gebildet, REGE steht für Raumentwicklung Gelsenkirchen. Mit der Einführung der Gebietsgliederungsebene REGE in der Stadt Gelsenkirchen wurde ein Raumbezug geschaffen, der sowohl die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaften als auch die baulichen und wohnlichen Aspekte in einem Sozialraum in der Gebietseinheit kleinräumig berücksichtigt. Die REGE-Bezirke bilden die Basis für eine langfristig angelegte Raumbeobachtung.

Das ist besonders interessant:

- Ressortübergreifendes Planungsgremium AK Sozialraum/Sozialmonitoring
- Indikatorenkatalog und Index als:
 - Ressortübergreifende Planungsinstrumente zur Erfassung komplexer Anforderungen unterschiedlicher Sozialräume
 - Objektivierte Grundlage für fachliche und politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse

3.3 Datenkatalog zur sozialräumlichen Planung

Basierend auf der Systematik und den Daten des Indikatorenkataloges der Stadt Gelsenkirchen sind von den Teilnehmenden des Themenclusters „Sozialraummanagement“ unterschiedliche statistische Daten auf ihre Verfügbarkeit hin geprüft und entsprechend ihrer Aussagekraft diskutiert worden. Daraus ist eine Datensammlung als Grundlage für sozialräumliche Planung und Gestaltung erstellt worden, die sich dazu eignet, Entwicklungsverläufe und Schiefagen auf kleinräumiger Ebene zu identifizieren. Als Ordnungsgröße gilt dabei hier die Ebene statistischer Bezirke – dass Kommunalverwaltungen generell mit unterschiedlichen Einheiten arbeiten und diese Verwaltungseinheiten nicht gleichbedeutend mit Sozialräumen als Nah- und Lebensräumen der Menschen zu verstehen sind, ist zuvor bereits erläutert worden, kann an dieser Stelle jedoch nicht aufgelöst werden. Grundsätzlich arbeiten alle Kommunen des Themenclusters mit ausgewählten statistischen Daten, die jedoch bedingt durch die Zuständigkeiten unterschiedlicher Ressorts in der Regel nicht zentral verwaltet und zusammengeführt, sondern weitestgehend projekt- und anlassbezogen betrachtet werden. Da die Datenerhebung und -verfügbarkeit in den teilnehmenden Kommunen des Themenclusters heterogen ist und von der unterschiedlichen Ausstattung vorhandener Planungs- und Statistikstellen abhängt, sind in dem Datenkatalog diejenigen Daten gekennzeichnet, die nicht überall auf der Ebene statistischer Bezirke verfügbar sind. Insbesondere die kreisangehörigen Kommunen stehen vor der Herausforderung, diejenigen Daten, die vom Kreis erhoben werden, kleinräumig zu erhalten. Es zeigt sich, dass ein politischer Auftrag zur integrierten kleinräumigen Datenerhebung sowie daraus folgenden Risiko- und Handlungsanalysen hilfreich bis erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Datenkatalog sendet das Themencluster den Impuls, dass die Erfassung und Interpretation kleinräumiger statistischer Daten ein Qualitätsstandard einer integrierten Fachplanung als Instrument kommunaler Daseinsvorsorge ist, da die Gesamtkommune als Planungsraum für viele Zwecke ungeeignet ist – gemäß der Maxime: ‚Durchschnitt ist nirgendwo.‘ Um statistische Daten unterschiedlicher Fachressorts regelhaft zusammenzuführen, fachübergreifend interpretieren und dadurch umfangreiches Wissen über den Raum, die Menschen und deren Lebensverhältnisse erlangen zu können, ist idealtypisch eine ressortübergreifende und integrierte Planung erforderlich. Zusätzlich bzw. alternativ dazu könnte zukünftig eine auf Landesebene durchgeführte Analyse von Individualdaten, Einrichtungsdaten bzw. Daten mit adressgenauem Auflösungsvermögen eine wesentliche Rolle für sozialräumliche Planung spielen. Dadurch könnten unabhängig von abgeschotteten Statistikstellen und der kommunalen Datenverfügbarkeit Datenzuschnitte für jeden beliebigen Raum verfügbar gemacht werden. Das Themencluster betont an dieser Stelle, dass Daten eine wichtige (Rechtfertigungs-)Grundlage bilden, um Ressourcen steuern und Ungleiches ungleich behandeln zu können. Aus den hier dargestellten Daten können in einem weiteren Schritt Indikatoren gebildet werden, indem mehrere Daten miteinander verschnitten und anteilig zur kommunalen Gesamtsumme o.ä. berechnet werden.¹¹ Grundsätzlich geht es nicht darum, neue Datenerhebungen zu installieren, sondern vorhandene Datensätze zu nutzen und zusammenzuführen (s. Abb. 1).

11. Die Entwicklung und Erhebung von Indikatoren ist Bestandteil der durch die Bertelsmann Stiftung verantworteten Evaluation innerhalb des Modellprojektes „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Darüber hinaus gibt es ein von der Bertelsmann Stiftung entwickeltes Instrument, KECK, mit dem Daten unterschiedlicher Ressorts gebündelt erhoben und in einer Sozialstrukturkarte abgebildet werden können. Mehr Informationen vgl. <http://www.keck-atlas.de/>.

Abbildung 1: Datenkatalog zur Erfassung sozialer Verhältnisse

Statistische Daten	Anmerkungen
Bevölkerung	
Bevölkerung in der Gebietseinheit	
Bevölkerung mit Migrationshintergrund: insgesamt; unter 18	
Alter der Bevölkerung: unter 18 Jahre; unter 20 Jahre; unter 65 Jahre; Ältere	
Familienhaushalte	Problem bei der interkommunalen Vergleichbarkeit (z. B. Definition Haushalt)
Haushalte Alleinerziehender	Daten werden nicht überall regelhaft erhoben
Haushalte Kinderreicher (drei und mehr Kinder)	s.o.
Jahre der Wohndauer	s.o.
Wanderungsbewegungen	Wichtig für Maßnahmenplanung
Arbeit und Soziales	
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	Die Daten gibt es kostenpflichtig zusammen mit SGB II-Daten
(Stichtag 31.12.)	
Arbeitslosenanzahl: nichtdeutsch; unter 25 Jahre	
LeistungsbezieherInnen von SGB II und XII:	
Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige insgesamt; nichtdeutsch; unter 6 Jahren	
Sterbealter der Frauen und Männer	
Gesundheit	
Die folgenden Gesundheits-Daten werden in Landkreisen vom Kreisgesundheitsamt erhoben, d.h. sie können zwar von den Kommunen angefragt werden, liegen jedoch nicht immer auf der Ebene statistischer Bezirke vor	
Übergewichtige und adipöse Kinder	
Kariöse Milchzähne	
Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich Körperkoordination und visuelle Wahrnehmung	
Kinder mit vollständiger Teilnahme an U8 und U9	
Kinder mit vollständiger Durchimpfung	Wie kleinräumig die Erhebung geschieht, hängt von den jeweiligen Gesundheitsämtern ab
Kinder mit Angaben zu Behinderungen; drohenden Behinderungen	Daten werden nicht überall auf der Ebene statistischer Bezirke erhoben
Erziehung und Bildung	
Plätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege: insgesamt, U3, Ganztagsplätze	
Kinder, Jugendliche mit stationären / ambulanten Hilfen	
SchülerInnen im offenen Ganztag	
Vorschulkinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen	
Kinder mit Sprachförderungsbedarf mit 4 Jahren	Weitere Spracherhebungen (außer Delphin 4) sind für die Ebene statistischer Bezirke unscharf
Übergänge von der Grundschule auf WF Schule; von Sek I in Sek II, von und an Förderschulen	
Förderbedürftige Kinder (nach AO-SF-Verfahren)	
Wohnen und Umwelt	
Spielfläche in m ²	
Selbstgenutztes Wohneigentum	Daten können z. T. zwar angefragt werden, liegen aber nicht auf der Ebene statistischer Bezirk vor
Leerstehende Wohnungen (abgemeldete Stromzähler)	s.o.
Ein- und Zweifamilienhäuser	s.o.
Mietwertspiegel	

Angelehnt an den Indikatorenkatalog der Stadt Gelsenkirchen
Quelle: Eigene Darstellung

Die statistischen Daten des Datenkataloges können sozialraumscharfe Entwicklungsverläufe und mögliche Schief lagen abbilden. Das durch die statistischen Daten erlangte bzw. bestätigte Wissen steht jedoch nicht für sich allein, sondern sollte um vorhandene Infrastrukturdaten, d.h. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Beratungsstellen, Vereine, Treffpunkte, Jugendzentren usw., deren Leistungen und Inanspruchnahmequoten ergänzt werden. Dadurch entsteht ein Überblick über soziale Verhältnisse und bestehende Unterstützungsleistungen, d.h. es lässt sich beispielsweise prüfen, ob es in einem Sozialraum mit vielen Kindern unter drei

Jahren drei Jahren gut aufgestellte Netzwerke Früher Hilfen oder ausreichend U3-Plätze gibt. Diese umfangreichen, quantitativen Datensammlungen sind in der Regel die maßgeblichen Grundlagen für die Planung und Gestaltung von Angeboten. Um darüber hinaus einen Bezug zu der eingangs dargestellten individuellen Lebenswelt herstellen und überprüfen zu können, ob die durch die sozialstatistischen Daten abgebildeten Schief lagen auch der Wahrnehmung der betroffenen Menschen entsprechen, bedarf es weiterer Kenntnisse. Die Verknüpfung sozialstatistischer und qualitativer Daten wird im nächsten Kapitel aufgegriffen.

Empfehlungen aus dem Themencluster:

- Im Vorfeld sollte ein politischer Auftrag für kleinräumige und integrierte Datenerhebung sowie zugehörige Interpretationsprozesse eingeholt werden
- Es geht nicht darum, neue Datenerhebungen zu installieren, sondern vorhandene Datenbestände zu nutzen
- Datenbestände sollten systematisch (nicht ausschließlich anlassbezogen) zusammengeführt und interpretiert werden
- Regelmäßiges Reporting über Sozialräume und deren Heterogenität sollte als standardisierte Entscheidungsgrundlage in politischen Gremien dienen
- Ungleiche Sozialräume sollten ungleich behandelt und Ressourcen gezielt gesteuert werden
- Dafür sollten integrierte Strategien entwickelt und kurzfristige Wirkungshypothesen aufgestellt werden



4 Verknüpfung von Planungs- und Beteiligungsprozessen

Um ein differenziertes Bild sozialer Lebensverhältnisse erlangen zu können, sind zusätzlich zu einer quantitativen Datensammlung weitere Kenntnisse erforderlich, die Interpretationsspielräume erweitern und Erschließung von Kausalitäten ermöglichen. Daher ist es zielführend, qualitative Einschätzungen von Fachkräften und Schlüsselpersonen des Sozialraums sowie von Kindern, Jugendlichen und Familien selbst einzuholen; damit können fachliche Beurteilungen von Bedarfslagen sowie subjektive Wahrnehmungen der eigenen Lebenswelten gewonnen werden. Die direkten Beteiligungsebenen sind erforderlich, um herausfinden zu können, welche Problemlagen ‚real‘ bestehen und welche Lösungsansätze bei deren Bewältigung

helfen können. Um bei dem zuvor genannten Beispiel zu bleiben, könnte durch Beteiligungsverfahren innerhalb eines Sozialraumes herausgefunden werden, welche Ansprüche Eltern mit Kindern unter drei Jahren an Treffpunkte/Krabbelgruppen haben, d.h. ob gesundheits- und ernährungsbezogene Leistungen (Wiegen, Füttern etc.) oder das Kennenlernen anderer Eltern im Vordergrund steht; aus welchen Gründen bestehende Angebote (nicht) genutzt werden und wie man diese verbessern könnte. Bevor eine Auseinandersetzung mit Möglichkeiten der Zielgruppenbeteiligung erfolgt, wird im Folgenden dargestellt, welche unterschiedlichen Akteure insgesamt für qualitative Rückmeldungen zu berücksichtigen sind.

4.1 Zentrale Akteure bei der Interpretation von Daten

Sowohl die Einbindung institutioneller Akteure (Fachreferate, Fachkräfte freier Träger) wie auch die Beteiligung der unorganisierten Bevölkerung ist erforderlich, um ein komplexes Bild bestehender Lebensverhältnisse zu erhalten und die (Um-)Gestaltung von Unterstützungsleistungen anzustoßen. Je nachdem, in welchem Umfang eine Kommune sozialräumliche Daten zusammenfügt und interpretiert, ergeben sich daraus Aufträge

unterschiedlicher Dimensionen, für die wiederum unterschiedliche Akteure notwendig sind. Die folgende Tabelle (s. Abb. 2) verdeutlicht, welche unterschiedlichen Akteure mit welchen Intentionen in Planungsprozesse einzubinden sind. In welcher Reihenfolge und an welcher Stelle des Prozesses die internen und externen Akteure eingebunden werden, hängt von lokalen Gegebenheiten ab und kann variieren.

Abbildung 2: Formen der Beteiligung unterschiedlicher Akteure an Planungsprozessen

Akteure	Intentionen	Mögliche Formate
Fachreferate der Stadtverwaltung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Erste qualitative Ergänzungen zu statistischen Daten einholen ▶ Mögliche Zusammenhänge identifizieren ▶ Vorschläge für Lösungsansätze erhalten 	AGs nach § 78, Jugendhilfeausschuss
Kinder, Jugendliche und Familien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kenntnis über Bedürfnisse und Lebenswelten gewinnen ▶ Gute Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Angeboten schaffen 	Befragungen (Zugang über Einrichtungen), Nutzung bestehender Bürgerversammlungen/Stadtteilkonferenzen, Gezielte Ansprache von engagierten BürgerInnen sowie vorhandenen Gremien: Jugendrat, Jugendamtselfternbeirat

Freie Träger	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kenntnis über Lebenssituationen unterschiedlicher Zielgruppen und deren Bedarfe gewinnen ▶ Chancen und Risiken des Sozialraums identifizieren ▶ Zielstellungen für den Sozialraum formulieren ▶ Bereitschaft zur Umgestaltung bestehender Angebote schaffen ▶ Vertrauen für Umgestaltungen schaffen 	Persönliche Befragung von Fachkräften, Gespräche mit Trägervertretungen, Beteiligung in Beratungs- und Entscheidungsgremien, Gemeinsame Bearbeitung einer SWOT-Tabelle
Mitglieder des Verwaltungsvorstand	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Handlungsbedarfe verdeutlichen ▶ Maßnahmen vorstellen ▶ Politische Rückendeckung einholen 	Verwaltungsvorstand
Schlüsselpersonen im Sozialraum (StadtteilmanagerInnen, Pfarrer, Vorsitzende von Vereinen/Initiativen, Hausmeister etc.)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kenntnis über Lebenssituationen unterschiedlicher Zielgruppen und deren Bedarfe gewinnen ▶ Bereitschaft zur Kooperation schaffen/verstärken 	Persönliche Befragung der Personen

Quelle: Eigene Darstellung

4.2 Intensität und Zielrichtung von direkter Beteiligung

Zusätzlich zu den ressortübergreifenden Interpretationsprozessen, die für sich genommen oftmals sehr herausfordernd sind, gilt die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien an Planungsprozessen als weiteres Qualitätsmerkmal sozialräumlicher Planung und Gestaltung. Eine konsequente Einbindung unorganisierter Bevölkerung wird jedoch meist nur in einzelnen Projekten oder Entwicklungsprozessen umgesetzt, da mit Beteiligungselementen umfassende Zeitressourcen verbunden sind und die Dynamiken im Vorfeld schlecht abzusehen sind. Das Themencluster sendet den Impuls, Beteiligungselemente in kommunalen Planungsprozessen zu verankern, um damit neue Interpretationsspielräume zu erschließen und Unterstützungsleistungen an den Bedarfen der Zielgruppen anzugliedern. Innerhalb des Diskurses über Beteiligung gibt es unterschiedliche Intentionen und Zielrichtungen. Während eine flächendeckende Beteiligung meist dem Selbstzweck und der Demokratiekultur gilt, lassen sich durch kleinräumig angelegte Verfahren mit ausgewählten Zielgruppen gezielt spezifische Fragestellungen erörtern und neue Erkenntnisse und Zusammenhänge generieren. An dieser Stelle sei auf die Veröffentlichung¹² aus dem Themencluster „Einbindung der Zivilgesellschaft“ verwiesen, die sich schwerpunktmäßig mit einem Beteiligungsansatz zur Selbstbildung befasst. In dem Rahmen der vorliegenden Abhandlung geht es jedoch darum, die Qualität der Fachplanung durch Beteiligungselemente zu verbessern. Dies gelingt mit

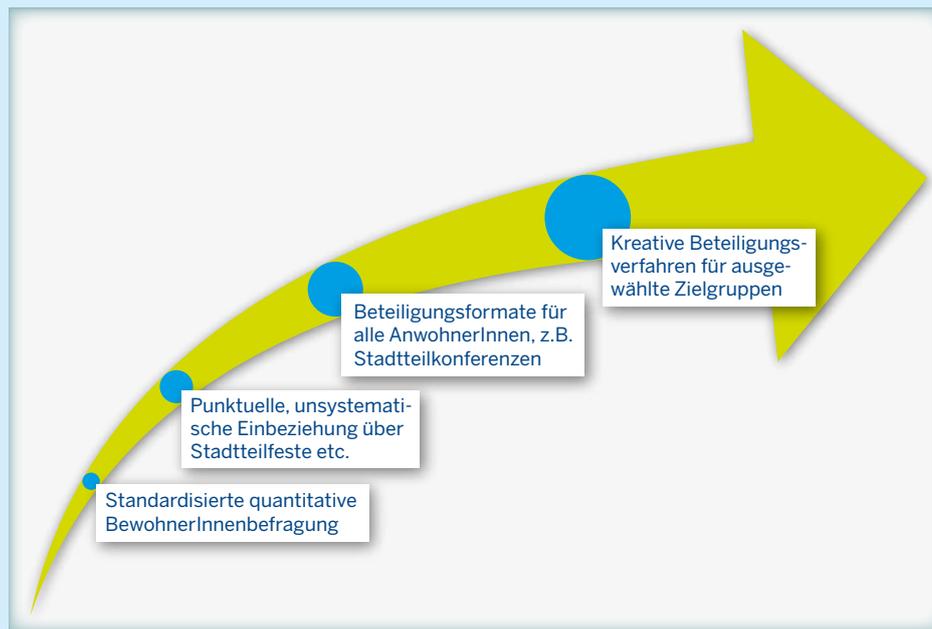
starken Beteiligungselementen, die das bereits durch sozialstatistische Daten sowie durch Fachkräfte erlangte Wissen gezielt ergänzen. Eine zentrale Herausforderung dabei ist, dass die Bereitschaft zur Mitgestaltung sich in benachteiligten Stadtteilen häufig als fragil erweist (vgl. Fehren o.J.). In Abgrenzung zum bürgerschaftlichen Engagement, das dem Namen nach ein Konzept vornehmlich für Menschen aus der Mittelschicht ist (vgl. Braun 2003), geht es in der vorliegenden Abhandlung um konkrete Beteiligungsanlässe in einem ausgewählten Sozialraum mit ausgewählten Zielgruppen. Der Anspruch dabei ist nicht, dass eine sozialräumliche Bürgergesellschaft entsteht, die ihre Interessen eigenständig an politische Gremien kommuniziert, sondern dass ausgewählte Themen gemeinsam erörtert werden und die kommunalen PlanerInnen verantwortlich dafür sind, die Bedarfe der Zielgruppen weiterzutragen und als Grundlage für die Konzeption von Angeboten vorzusetzen. Um durch sozialstatistische Daten identifizierte Fragestellungen oder Handlungsbedarfe gezielt mit ‚Betroffenen‘ erörtern und Lösungsansätze besprechen zu können, ist der Einsatz von kreativen Verfahren mit einer starken Beteiligungsintensität erforderlich. Die persönliche Begegnung, die die Möglichkeit bietet subjektive Stimmungsbilder, Interessenslagen und Bedürfnisse einzufangen, ist das entscheidende Kriterium, um in einen Dialog einsteigen zu können. Daher sind quantitative Befragungen in diesem Kontext

12. Jasper, Christin M. (2015): Praxishandreichung „Beteiligung der Zivilgesellschaft“, Düsseldorf.

ungeeignet. Davon ausgehend, dass unterschiedliche Verfahren über unterschiedliche Intensitäten von Beteiligung verfügen, sind für das hier beschriebene Vorgehen Verfahren mit einer starken Beteiligungsintensität und einem Zielgruppenfokus notwendig. Das folgende

Schaubild zeigt unterschiedliche Formen von Beteiligung mit unterschiedlich ausgeprägter Intensität. Im Folgenden werden bezugnehmend darauf Verfahrenswege zur Umsetzung von kreativen Beteiligungsverfahren mit benachteiligten Zielgruppen dargestellt (s. Abb. 3).

Abbildung 3: Intensität unterschiedlicher Beteiligungsformate von schwach bis stark



Quelle: Eigene Darstellung

4.3 Beteiligungsmodelle

Wie bereits im letzten Abschnitt aufgeführt, geht es bei der vorliegenden Darstellung nicht um gesamtstädtische Beteiligungs- oder Ehrenamtskonzepte, sondern um Modelle und Verfahrenswege zur Beteiligung von Menschen in durch sozialstatistische Daten identifizierte benachteiligten Sozialräumen. Enger gefasst wird nicht die Beteiligung aller dort lebenden Menschen intendiert, sondern derjenigen, die aufgrund mehrerer Faktoren als von Benachteiligung betroffen gelten können. Zudem bezieht sich das Erkenntnisinteresse auf soziale Themen, d.h. Bedarfe und Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitshilfe oder sozialen Sicherung; es geht nicht um Beteiligungsverfahren zur Planung von Spielplätzen, Grünflächen oder anderen Umbaumaßnahmen im Sozialraum. Diese Eingrenzung ist wichtig, um den Anlass und auch den Grad des Aufwandes der Beteiligungsprozesse einordnen zu können. Zudem wird erneut betont, dass es sich um direkte und starke Beteiligungsverfahren

mit Zielgruppen selbst handelt und nicht darum, vorhandenes Wissen von Fachkräften verstärkt abzuschöpfen. Um einen möglichen Anlass zu verdeutlichen, lässt sich folgendes Beispiel konstruieren: Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung weisen in einem ausgewählten Sozialraum überdurchschnittlich schlechte Entwicklungen vor. Gleichzeitig leben in diesem Sozialraum überdurchschnittlich viele junge Mütter und die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten ist trotz vielfältiger Angebote durch Kindertageseinrichtungen, Tagespflegepersonen und Großpflegestellen sehr gering. Hier stellt sich die Frage, ob diese Daten möglicherweise zusammenhängen und welche Hintergründe sie haben können. Benötigen die Mütter weitere Informationen über Angebote der Kindertagesbetreuung? Haben sie Vorbehalte gegen die bestehenden Angebote? Sind sie möglicherweise aufgrund ihres jungen Alters zurückhaltend in der Inanspruchnahme? Könnten die Angebote innerhalb

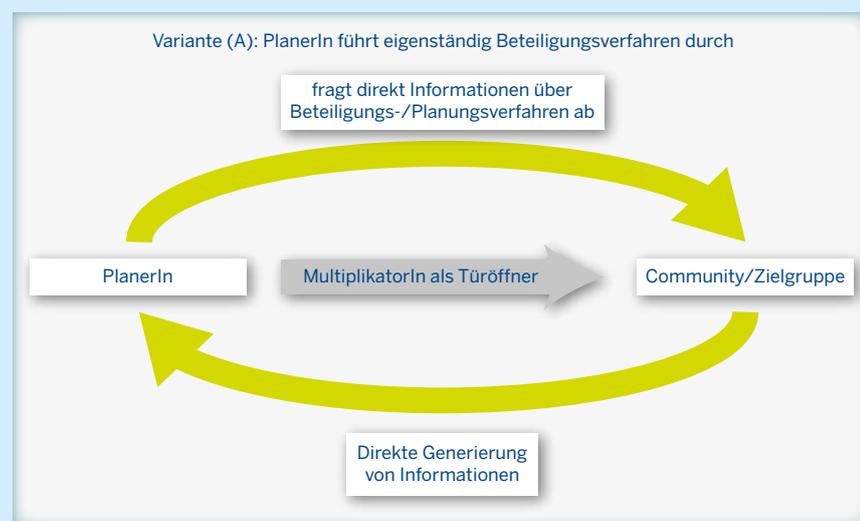
der Kindertagesbetreuung die familiäre Förderung ergänzen? Gibt es weitere Unterstützungsbedarfe? Um diese offenen Fragen erschließen zu können, ist eine direkte Beteiligung der entsprechenden Zielgruppe erforderlich.

Die folgenden zwei Beteiligungsmodelle sind in Kooperation mit dem Themencluster „Einbindung der Zivilgesell-

Beteiligungsverfahren mit ausgewählten Zielgruppen durch, d. h. die Informationen werden unmittelbar von der/ dem PlanerIn abgefragt und ungefiltert zurückgemeldet. Voraussetzung dafür ist ein gewisses Pendant im Sozialraum, d. h. eine Schlüsselperson als Ansprechpartner vor Ort, die als „gate keeper“ fungiert und den Zugang zu den Zielgruppen herstellt. Um bei dem zuvor dargestellten Beispiel zu bleiben, müsste im Sozialraum eruiert werden, ob es bereits einen Treffpunkt der in diesem Fall jungen Mütter gibt oder ob möglicherweise bereits Kontakte untereinander bzw. zu Fachkräften oder Institutionen bestehen. Diese Informationen könnten zum Beispiel bei QuartiersmanagerInnen, KinderärztInnen, GynäkologInnen, Hebammen oder Vereinsvorsitzenden erfragt werden. Sofern eine dieser möglichen Schlüsselpersonen in Kontakt zu der Zielgruppe steht, könnte diese als MultiplikatorIn fungieren und von dem geplanten Beteiligungsverfahren berichten und darauf vorbereiten. Der/die Schlüsselperson besitzt also eine wichtige Rolle, um Teilnehmende für das Beteiligungsverfahren zu akquirieren und als MultiplikatorIn zu fungieren. Denkbar wäre, dass der/die PlanerIn zur Durchführung des Verfahrens (externe) Unterstützung hinzuzieht. Der Vorteil dieses Modells ist, dass der/die PlanerIn direkten Kontakt zu den Zielgruppen hat und deren subjektive Erklärungen für mögliche Schief lagen sowie deren Bedürfnisse hören kann. Der Nachteil liegt darin, dass ein hoher Aufwand für den/die PlanerIn entsteht (s. Abb. 4).

Bei dem zweiten Modell, das von links nach rechts und von oben nach unten zu lesen ist, rückt der/die MultiplikatorIn noch stärker in den Mittelpunkt. Nachdem Fragestellung und zu beteiligende Zielgruppen identifiziert sind, sucht der/die PlanerIn (genau wie beim ersten Modell) eine mögliche Schlüsselperson im Sozialraum, die über Kontakte zu den Zielgruppen verfügt und diese zur Teilnahme am Beteiligungsverfahren motivieren kann. Zusätzlich zu der Akquise der Zielgruppe ist der/die MultiplikatorIn auch zuständig für die Durchführung des Beteiligungsverfahrens. Je nachdem, über welche Kompetenzen diese Person verfügt, ist gegebenenfalls ein vorheriges Coaching erforderlich. Im Anschluss daran übermittelt der/die MultiplikatorIn die Ergebnisse an den/die PlanerIn. Der Unterschied zu Modell eins liegt darin, dass die PlanerInnen keinen direkten Kontakt zu den Zielgruppen haben, sondern der/die MultiplikatorIn die Informationen erfragt

Abbildung 4: Beteiligungsverfahren über PlanerInnen



Quelle: Eigene Darstellung

schaft“ erarbeitet worden. Es handelt sich dabei um zwei Vorschläge – eine abschließende und allgemeine Empfehlung für eines der beiden Modelle kann aufgrund der Komplexität und der Heterogenität kommunaler Strukturen nicht vorgenommen werden. Beide Modelle rücken die jeweils zuständigen kommunalen PlanerInnen¹³ in den Fokus, indem es in deren Verantwortung liegt, entsprechende Beteiligungsmodelle durchzuführen bzw. durchführen zu lassen. An dieser Stelle sei die Zielstellung erneut aufgerufen: Es geht nicht um Beteiligung zum Selbstzweck, sondern darum, durch statistische Daten generiertes Wissen zu ergänzen und eine Verbesserung der Passgenauigkeit von Angeboten herbeizuführen. Nach der Darstellung der Modelle erfolgt eine detaillierte Aufschlüsselung darüber, welche einzelnen Bearbeitungsphasen sich dahinter verbergen und welche Anforderungen an die Methodik gestellt werden. Anschließend zeigt ein Beispiel aus Bielefeld, wie ein solches Verfahren konkret ausgestaltet werden kann.

Innerhalb des ersten Modells führt der/die PlanerIn eigenständig

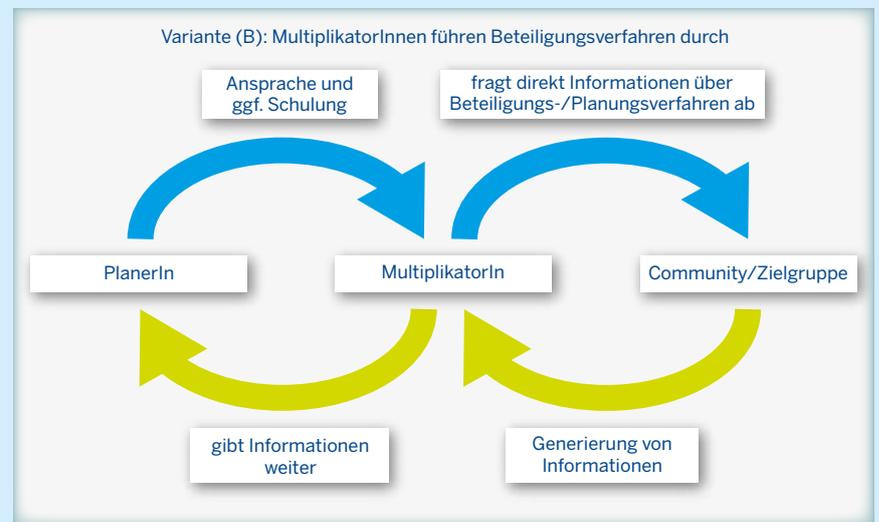
13. Hierbei kann es sich sowohl um Jugendhilfeplanung, Schulentwicklungsplanung, Stadtplanung wie auch Sozialplanung handeln. Die administrative Zuständigkeit hängt vom Themenkomplex ab und ist als solche auch nicht unbedingt ausschließlich einem Planungsbereich zuzuordnen, sondern kann genau wie bei integrierter Fachplanung an sich die Zusammenarbeit mehrerer PlanerInnen erforderlich machen.

und übermittelt. Hierin könnte jedoch gleichzeitig ein potentieller Nachteil liegen, sofern Informationen unvollständig übermittelt oder fehlinterpretiert werden oder sogar Konflikte mit der hauptamtlichen Tätigkeit der MultiplikatorInnen entstehen. Vorteilhaft ist, dass der/die MultiplikatorIn wahrscheinlich einen authentischeren Zugang zu den Zielgruppen hat und der Dialog über potentielle Problemlagen und Unterstützungsbedarfe einfacher gelingt. Zudem werden weniger Zeitrressourcen der PlanerInnen beansprucht (s. Abb. 5).

Die Erläuterungen der beiden Modelle implizieren unterschiedliche Bearbeitungsphasen, die für sich genommen wichtig und anspruchsvoll sind (s. Abb. 6).

Wie die vorliegende Tabelle (Abb. 6) zeigt, erfolgt im Anschluss an die Durchführung

Abbildung 5: Beteiligungsmodell über MultiplikatorInnen



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 6: Bearbeitungsschritte der Beteiligungsmodelle

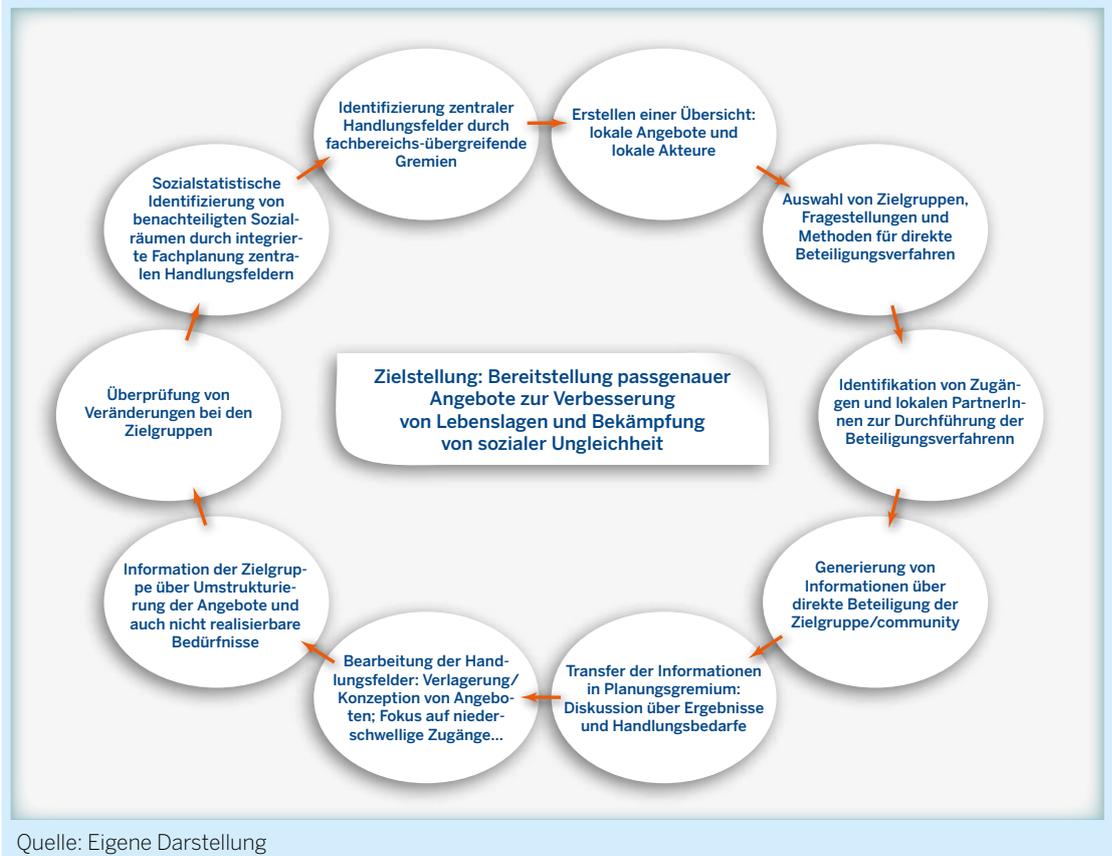
Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens
► Identifikation von zu beteiligenden Communities → Was will ich ausgehend von der Datenlage wissen? Wen will ich beteiligen?
► Identifikation von Schlüsselpersonen → Gibt es geeignete Schlüsselpersonen, die Zugang zu den Zielgruppen herstellen können?
► Ansprache und Aktivierung der Schlüsselpersonen → Wie kann ich diese Personen erreichen und gewinnen, damit sie zu MultiplikatorInnen werden?
Verfahrensauswahl und Prozessbegleitung
► Auswahl des Beteiligungsverfahrens und ggf. Schulung der MultiplikatorInnen → Welches Verfahren eignet sich für die Community und den/die MultiplikatorIn? Welche Kompetenzen benötigen die MultiplikatorInnen, um dies durchführen zu können? Welche Qualitätskriterien müssen sie mit auf den Weg bekommen?
► Begleitung des Beteiligungsprozesses im backoffice → Wie wird der Beteiligungsprozess begleitet? Ist die Begleitung dem Verfahren und den Multiplikatoren angemessen?
► Sammlung der Informationen → Wie können die Ergebnisse zusammengestellt werden?
Einbindung der Ergebnisse in Planungsprozesse
► Übersetzung der Informationen für den Planungsprozess → Wie lassen sich planungsrelevante Auskünfte aus den gewonnenen Ergebnissen ableiten?
► Zusammenführung von quantitativen Daten und subjektiven Einschätzungen der „Betroffenen“ → Wie können die Daten miteinander abgeglichen werden?

Quelle: Eigene Darstellung

des Beteiligungsverfahrens ein weiterer relevanter Schritt: Die Diskussion der Ergebnisse in Planungsgremien und die Formulierung resultierender Empfehlungen sowie passender Lösungsansätze. Je nach Umfang des Bearbeitungsfeldes können Lösungen und Veränderungen auf der Ebene der Planungsgremien und/oder Netzwerkpartner erarbeitet werden oder aber müssen in politische Gremien transportiert werden. Das Themencluster spricht sich dafür aus, dass qualitativ generierte Daten aus Beteiligungsverfahren politischen Handlungsbedarf bedeuten

können. Denn subjektive Einschätzungen können Themen und Zusammenhänge offenlegen, die ohne direkte und starke Beteiligung nicht deutlich geworden wären und keine Berücksichtigung gefunden hätten. Bezugnehmend auf den nachfolgend dargestellten Kreislauf zur Verknüpfung von Planungsdaten mit qualitativen Rückmeldungen (Abb. 7) erfolgt im Anschluss an mögliche Angebotsveränderungen oder Bereitstellung neuer Angebote eine Rückmeldung an die Zielgruppe darüber sowie eine Überprüfung der Passgenauigkeit bei ebendieser. Diese

Abbildung 7: Kreislauf zur Verknüpfung von Planungs- und Beteiligungsprozessen



Überprüfung ist erneut über direkte Beteiligung zu leisten, da sie sich möglicherweise nicht in sozialstatistischen Daten ablesen lässt; entweder nicht unmittelbar oder aber überhaupt nicht, da die Berechnungsindikatoren zu groß sind.

Für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen mit dem hier beschriebenen Erkenntnisinteresse eignen sich grundsätzlich dialogisch-strukturierte Verfahren. Je nach Fragestellung, Zielgruppen und Kompetenzen der moderierenden Person ergeben sich unterschiedliche Anforderungen, die es bei der Auswahl der Methode zu beachten gilt. Wichtig ist, dass alle Teilnehmenden sich einbringen können und dass die Schwelle möglichst gering ist. Da es eine Vielzahl an

Kreativmethoden und gleichzeitig vielzählige Veröffentlichungen dazu gibt, wird an dieser Stelle auf eine Auflistung und Gegenüberstellung verzichtet¹⁴. Insgesamt ist die Verknüpfung von Planungsdaten mit qualitativen Rückmeldungen sowohl von Fachkräften als auch von Zielgruppen selbst als Feedback-gesteuerter, spiralförmiger Prozess zu verstehen; das Kreislaufmodell ist also idealerweise mehrfach zu durchlaufen, um Planungen zu präzisieren und zu aktualisieren. Die nächste Abbildung zeigt basierend auf den bisherigen Inhalten noch einmal den Gesamtzusammenhang von Planungs- und Beteiligungsprozessen, beginnend mit der sozialstatistischen Identifizierung von benachteiligten Stadtteilen (s. Abb. 7).

14. Übersichten und Erläuterungen zu Kreativmethoden können unter folgenden Links aufgerufen werden: <http://kreativitätstechniken.info/>; www.partizipation.at/methoden.html. Zudem werden in dem Methodenhandbuch „Praxis Bürgerbeteiligung“ (Ley/Weitz Hg.) Methoden wie auch kommunale Praxisbeispiele vorgestellt. Die Bertelsmann Stiftung hat ebenfalls zahlreiche Handbücher zum Thema Bürgerbeteiligung veröffentlicht. Eine interessante Methode, die an dieser Stelle einzeln erwähnt sei, ist zudem die Planungszelle. Weitere Informationen können hier aufgerufen werden: www.planungszelle.de/index.php.

15. Weitere Informationen zum Lebenslagenbericht: www.bielefeld.de/de/gs/sbt/.

4.4 Quartiersentwicklung in der Stadt Bielefeld

Das Sozialdezernat der Stadt Bielefeld erstellt jedes Jahr einen Lebenslagenbericht, in dem die Entwicklung der sozialen Lage sowohl für die Gesamtstadt als auch für die unterschiedlichen statistischen Bezirke dargestellt wird¹⁵. Durch den Lebenslagenbericht der Stadt Bielefeld („Lebenslagen und soziale Leistungen

2010“) sind fünf Quartiere identifiziert worden, die aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse besonderen Unterstützungsbedarf aufweisen. Von diesen fünf Quartieren sind wiederum zwei Quartiere ausgewählt worden, die aktuell im Sinne einer Quartiersentwicklung ‚bearbeitet‘ werden. Dieser Entwicklungsprozess wird

von unterschiedlichen Gremien gestaltet, die im folgenden Schaubild mitsamt

teilnehmenden Akteuren dargestellt sind (s. Abb. 8).

Abbildung 8: Steuerungsstruktur des Quartiersentwicklungsprozesses in Bielefeld



Quelle: Eigene Darstellung

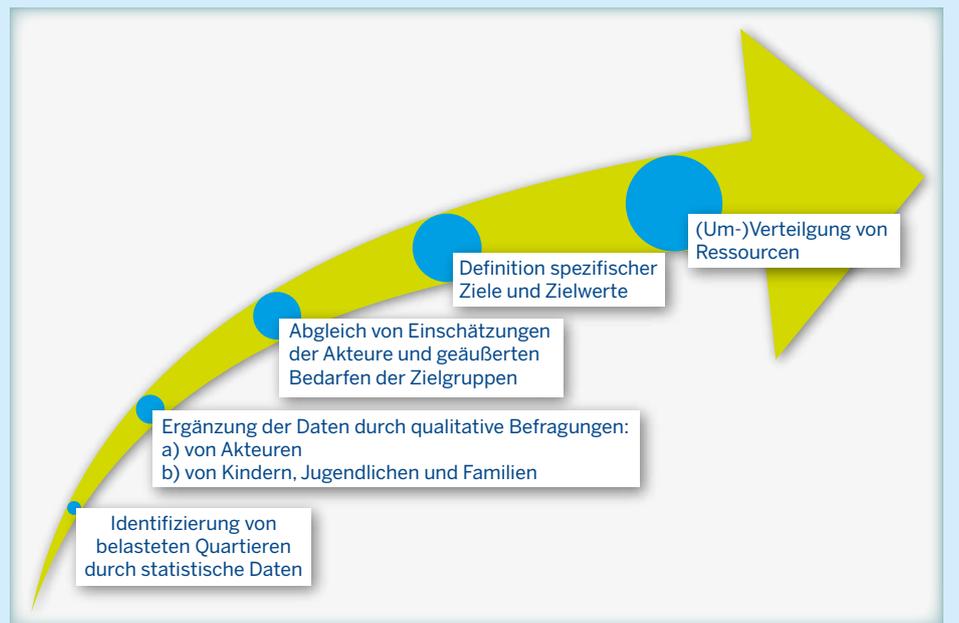
Um die statistischen Daten des Lebenslagenberichtes in den lokalen Kontext einzuordnen, hat in einem ersten Schritt eine schriftliche Abfrage bei den Fachbereichen der Kommunalverwaltung und bei freien Trägern stattgefunden, bei der vorhandene Angebote und erste Bedarfseinschätzungen erhoben worden sind. Mithilfe dieser Informationen hat die Vorbereitungsgruppe eine Liste der quartiersbezogenen Angebote und Einrichtungen erstellt, um einen Überblick über die aktuelle Infrastruktur zu erhalten. Die statistischen Daten der Lebenslagenberichte, die Angebotslisten und ersten Bedarfseinschätzungen sind zu einem umfassenden Informationspapier zusammengefügt und in den Fachgruppen vorgestellt worden. Auf Basis dieses Papiers wurden in einem weiteren Schritt die Akteure der unterschiedlichen Institutionen sowie weitere Schlüsselpersonen der Quartiere in den Fachgruppensitzungen zu Lebenslagen der AnwohnerInnen und deren Bedarfen befragt. Dadurch sind die Daten des Lebenslagenberichtes um

Rückmeldungen seitens lokaler Fachkräfte und wichtiger Persönlichkeiten ergänzt worden mit dem Ziel, eine komplexe Sicht auf die Lebenssituation der AnwohnerInnen sowie gleichzeitig eine Einschätzung von deren Bedarfen zu erhalten. Zusätzlich wurden bis Ende Januar 2014 auch die Menschen, die in den Quartieren leben, befragt. Es wurden an mehreren Einrichtungen moderierte Gruppendiskussionen mit Kindern, Jugendlichen und Familien geführt, um deren eigene Sichtweisen und Bedürfnisse zu erfragen. Hier wurde deutlich, dass in unterschiedlichen Bereichen von den TeilnehmerInnen Bedarfe formuliert wurden, denen aus Sicht der Fachleute entsprechende Angebote gegenüberstanden. So wurden Freizeit- und Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen wie Jugendliche, Familien und Alleinerziehende vermisst, die im Quartier aber durchaus angeboten werden. Hier ist im Rahmen der Aufarbeitung der Ergebnisse zu prüfen, wie eine Information über Angebote besser erfolgen kann (z. B. Quartiersplan mit Infos über Angebote) bzw. zu

prüfen, warum die bestehenden Angebote bestimmte Personengruppen nicht erreichen. In Bezug auf das Gesamtergebnis wurden die geäußerten Bedarfe mit den vorhandenen Angeboten verglichen und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Bei der Frage nach der Wirksamkeit ging es um Einschätzungen, Kennzahlen liegen derzeit nicht vor – perspektivisch soll im Rahmen der Weiterentwicklung der Angebote im Quartier ein Kennzahlenansatz zur Wirkungsanalyse verfolgt werden. Die Ergebnisse des Prozesses wurden zunächst der Vorbereitungsgruppe vorgestellt und dort diskutiert. Danach erfolgte ein gemeinsamer Austausch in den Fachgruppen, um die Ergebnisse der „Fremdwahrnehmung“ und der „Selbstwahrnehmung“ abzugleichen und zu einer Bedarfsformulierung und ggf. Handlungsempfehlungen zu kommen.

Diese werden dann wiederum in die Lenkungsgruppe eingebracht, wo das weitere strategische Vorgehen festgelegt wird. Aus den gesammelten Erkenntnissen werden spezifische raumbezogene Ziele und Zielwerte definiert, die individuelle Lebenslagen sowie vorhandene Infrastruktureinrichtungen, Angebote und Hilfesysteme berücksichtigen. Zur Erreichung dieser Ziele könnte zukünftig auch eine (Um-)Verteilung des Ressourceneinsatzes erfolgen. Die Frage der Ressourcenumverteilung wird in allen Gruppen diskutiert werden. Die Lenkungsgruppe wird abschließend einen Vorschlag formulieren, der dann politisch in den vorhandenen Gremien – Jugendhilfeausschuss, Sozial- und Gesundheitsausschuss und Rat der Stadt Bielefeld – zu beschließen ist (s. Abb. 9).

Abbildung 9: Datenbasierte Quartiersentwicklung in Bielefeld



Quelle: Eigene Darstellung

Das ist besonders interessant:

- Beteiligung von Fachkräften und unorganisierter Zivilgesellschaft am Planungsprozess:

Ergänzung der Daten des Lebenslagenberichtes durch

- in den Sozialräumen tätige Fachkräfte und Schlüsselpersonen
- subjektive Sichtweisen von Kindern, Jugendlichen und Familien durch Gruppenbefragungen

Aus den Modellen und dem dargestellten Beispiel aus Bielefeld geht hervor, dass es unterschiedliche Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung gibt, sozialstatistische Daten zu ergänzen und dass dafür unterschiedliche institutionell angebundene sowie

unorganisierte Personen eingebunden und aktiviert werden können. Die Zielstellung dabei ist, die Passgenauigkeit von Angeboten zu optimieren und dadurch ungleiche Lebensverhältnisse aufzuwerten und den Menschen ein anregendes Umfeld zu schaffen.

Empfehlungen aus dem Themencluster:

- Die Auswertung und Interpretation sozialstatistischer Daten erfordert qualitative Rückmeldungen.
- Zusätzlich zu Rückmeldungen seitens unterschiedlicher Fachkräfte sollten betroffene Zielgruppen um ihre Einschätzung gebeten werden.
- Bei Beteiligungsverfahren sollten lokale MultiplikatorInnen identifiziert und eingebunden werden, um Zugänge zu unterschiedlichen Zielgruppen herzustellen.
- Im Anschluss an die Bearbeitung/Veränderung von Angeboten sollte eine Rückmeldung an die Zielgruppe erfolgen und darüber hinaus sollte als Controllingmechanismus eine Überprüfung mit der Zielgruppe erfolgen → „Hat euch das neue/veränderte Angebot etwas gebracht?“
- Bei einem Abgleich mit sozialstatistischen Daten zur Wirksamkeitsüberprüfung eines Angebotes muss darauf geachtet werden, dass die Überprüfungsquelle passend ist und keine großen Indikatoren herangezogen werden.

Da in der Fachwelt trotz umfangreicher Unterstützungsleistung häufig der Eindruck besteht, es gebe noch immer bestimmte Personengruppen, die von Angeboten ausgeschlossen werden, wird sich das nächste Kapitel kritisch der

Fragestellung widmen, welche Zuschreibungen in solchen Kontexten erfolgen und den Fokus darauf richten, welche sozialräumlichen Potentiale Zugangsschwellen überwinden können.



5 Erreichbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen durch sozialräumliche Zugänge

Dass die Entwicklung von Kindern und deren Bildungskarrieren von dem elterlichen bzw. familiären Hintergrund und Einfluss – sowohl positiver als auch negativer Art – abhängt, ist wissenschaftlich belegt. Während der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland unumstritten scheint (Henry-Huthmacher/Borchard 2008), gibt es zudem Abhängigkeiten zwischen der Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und der sozialen Herkunft. Laut einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichten Bestandsaufnahme und Evaluation von Elternbildungsangeboten sind sozial schwache Familien in den Bildungsangeboten unterrepräsentiert (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006). Eltern- und Familienbildung ist hier ein Gradmesser. Viele Fachkräfte machen die Erfahrung, dass die Reichweite von Erziehungs- und Bildungsangeboten begrenzt ist und hauptsächlich von denjenigen Personen in Anspruch genommen werden, denen ein Zugang von sich selbst aus leicht fällt (vgl. Kluge 2012). Gleichzeitig gibt es Eltern und Kinder, die nicht über ein ausreichendes Maß an Kontaktfähigkeit und Selbstsicherheit verfügen und die die vorhandenen Leistungen schlecht bis gar nicht erreichen – wobei man davon ausgeht, dass diese Menschen von bereitgestellten Angeboten am meisten profitieren könnten.

Die Bezeichnung „schwer Erreichbare“ taucht in unterschiedlichen Kontexten auf und scheint ein Sammelbegriff für verschiedenste Gruppen zu sein. Während die Adressatengruppe „Eltern“ bereits sehr vielschichtig ist und seit mehreren Jahrzehnten in der Sozialpädagogik dafür sensibilisiert wird, Eltern nicht ausschließlich auf das Elternsein zu reduzieren (vgl. Schmitt-Wenkebach 1977), scheint sich dieses Phänomen bei Verwendung des Begriffs der schwer Erreichbaren zu wiederholen bzw. zu steigern, indem damit nicht nur unterschiedliche Personengruppen vereinheitlicht werden, sondern auch ein nicht unbedenklicher Begriff forciert wird. Denn Kontakt- und Erreichbarkeitsprobleme auf eine Eigenschaft

der Zielgruppe zurückzuführen und diese für den nicht gelingenden Kontakt verantwortlich zu machen, ist eine deutlich verengte Sichtweise (vgl. Sacher 2012). Das heißt, die in der Fachwelt verbreitete Zuschreibung gilt es stets situativ zu hinterfragen und zu definieren. Denn diese defizitorientierte Begrifflichkeit kann sowohl semantisch als auch faktisch bestehende Abgrenzungen manifestieren und eine neue Form der Ungleichheit schaffen. Daher ist ein selbstreflexiver Prozess erforderlich, regelmäßig die eigenen Zuschreibungen sowie die Ausrichtung von Angeboten zu prüfen. Zentrale Fragestellungen hierbei sind:

- Wer sind die Kinder und Eltern, bei denen man von Unterstützungsbedarfen ausgeht, sie jedoch schlecht erreichen kann?
- Aus welchen Gründen fokussiert man diese Zielgruppen?
- Warum ist es z. T. so schwierig, diese Gruppen zu erreichen?
- An welchen Stellen gibt es selbst-erzeugte Formen der Ausgrenzung oder Ungleichheit?
- Wie gelingt es, Angebote für bestimmte Zielgruppen bereitzustellen, ohne diese zu isolieren oder zu stigmatisieren?
- Welche sozialräumlichen Ressourcen können dabei genutzt werden?

Diese Fragestellungen werden im Folgenden aufgegriffen und in Form einer Darstellung konkreter Angebote aus den am Themencluster teilnehmenden Modellkommunen gebündelt fokussiert. Dabei bezieht sich der gesamte Text nicht auf klassische Formen der Elternarbeit beispielsweise in der Schule, sondern insbesondere auf die Erreichbarkeit im Sinne von Inanspruchnahme und Anbindung an Angebote sowie (Erst-)Kontakte zu Fachkräften und Institutionen. Im Fokus dabei steht die (Nicht-)Erreichbarkeit von Eltern, die häufig analog für Kinder und Jugendliche gilt.

5.1 Unterschiedliche Formen des Elterndaseins – Wer ist schwer erreichbar?

„Die“ schwer Erreichbaren gibt es ebenso wenig wie „die“ Eltern. Um diesen Begriff hinterfragen zu können, ist es erforderlich, mögliche Barrieren zu identifizieren und mit diesem Wissen neue Zugänge zu erproben. Grundsätzliche Kriterien, die zu mangelnder Erreichbarkeit führen können, sind: Zeitmangel, schlechte Erfahrungen mit Institutionen, kein selbstdefinierter Bedarf, Kontaktbarrieren, einschüchterndes Verhalten der professionellen Fachkräfte und/oder Unkenntnis über bestehende Angebote (vgl. Schmitt-Wenkebach 1977; Harris/Goodall 2007). Diese allgemeinen Kriterien sind nicht die alleinigen Gründe für eine fehlende Kontaktaufnahme zu Institutionen und Fachkräften bzw. eine mangelnde Inanspruchnahme diverser Angebote. Man geht davon aus, dass belastete Eltern häufig nicht über das Selbstbewusstsein und die Offenheit verfügen, Angebote aufzusuchen und anderen Eltern sowie Fachkräften zu begegnen und daher fernbleiben. Belastungen können beispielsweise durch materielle Not, familiäre Konflikte oder chronische Erkrankungen entstehen. Betroffene Eltern bewältigen ihren (Erziehungs-)Alltag unter erschwerten Bedingungen und sind

dadurch beansprucht. Die häufigste Ursache für eine belastete und gleichzeitig benachteiligte Lebenslage ist materielle und/oder soziale Armut. Basierend auf unterschiedlichen Statistiken lassen sich drei Lebenskonstellationen benennen, die überdurchschnittlich von Armut betroffen sind und bei denen das Armutsrisiko besonders hoch ist: Alleinerziehende, Paare mit drei oder mehr Kindern, Eltern mit Migrationshintergrund und Niedriglohnbeschäftigte (vgl. Bird/Hübner 2013). Das bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass Menschen mit diesen Merkmalsausprägungen automatisch arm, automatisch belastet und automatisch schwer erreichbar sind. Dennoch kann man davon ausgehen, dass diese Merkmale in Kombination den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und den Zugang zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe erschweren, so dass damit häufig die schwer Erreichbaren gemeint sind. Das heißt, um einen differenzierteren Überblick über unterschiedliche Menschen, die mit diesem Begriff beschrieben werden, zu bekommen, erscheint die Betrachtung von Menschen in benachteiligten Lebenslagen erforderlich.

5.2 Armutserfahrung als Zugangsschwelle

Erlebte Armut hat für Eltern und Kinder unterschiedliche Dimensionen. Es ist wichtig, die Auswirkungen von Armut und Benachteiligung zu verstehen und neben der Einkommensarmut auch andere Unterversorgungslagen wie Arbeit, Bildung, und Gesundheit zu sehen. Darüber hinaus muss die Gesamtsituation von Familien aus deren Perspektive berücksichtigt werden. Um mehr über die subjektive Wahrnehmung von Armut zu erfahren, wird im folgenden eine Kategorisierung vorgestellt, die von den beiden Autoren Bird und Hübner auf der Grundlage unterschiedlicher Studien über Familien in benachteiligten Lebenslagen gebildet wurde.¹⁶ Die sechs Kategorien beziehen sich nicht auf monetäre oder materielle Aspekte der Armutserfahrung, sondern versuchen die subjektiven Lebensumstände der betroffenen Familien sowie deren Handeln und Bewältigungsstrategien zu verdeutlichen. Die Kategorien sind „Denkfiguren für die Zusammenarbeit mit Familien in sozial benachteiligten Lebenslagen“ und gleichzeitig auch ein „Werkzeug“, um

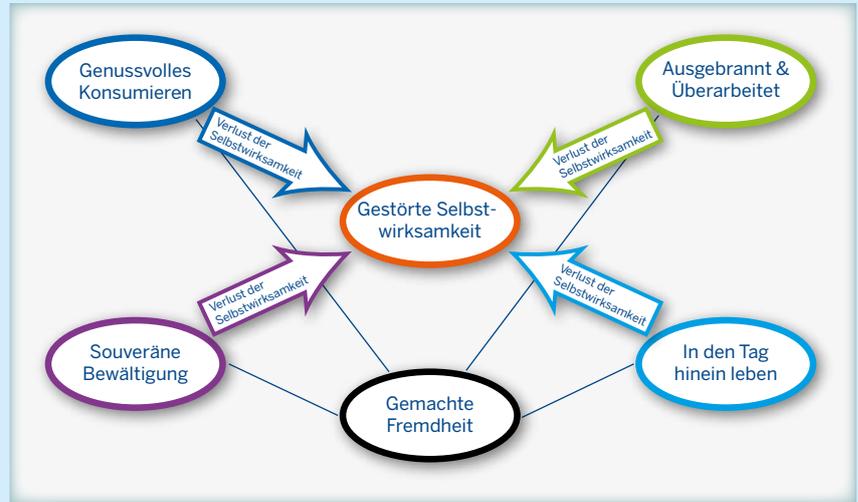
Angebote auf ihre Erreichbarkeit hin zu analysieren und neue Anknüpfungspunkte zu identifizieren (Bird/Hübner 2013, S. 12). Es geht darum, Unterschiede in den Lebensstilen und verfügbaren Ressourcen aufzuzeigen und dieses Wissen nutzbar zu machen. Es gibt zwei Kategorien, die einen speziellen Bezug haben: Die Kategorie „Gestörte Selbstwirksamkeit“ hat einen besonderen Status, da grundsätzlich alle von Armut betroffenen oder bedrohten Familien in diese Lebenslage geraten können. Es besteht für alle Kategorien ein Risiko in dem Verlust der eigenen Selbstwirksamkeit. Die Kategorie „Gemachte Fremdheit“ versteht sich als Querschnitt und beschreibt die Herausforderung, die eigene Herkunft mit der neuen Lebenswelt zu vereinbaren und mögliche kulturelle Konflikte auszutragen. Auch wenn die beiden AutorInnen ausschließlich diesen beiden Kategorien einen besonderen Status zuschreiben, sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass auch die Kategorie „Souveräne Bewältigung“ einen außergewöhnlichen Stellenwert zu haben scheint, da die Menschen in dieser

16. Dazu gehören die AWO-ISS-Studien über Kinderarmut und ihre Folgen, eine von Meier, Preußé und Sunnus entwickelte Typologie von Armutshaushalten (2003), die von Sinus Sociovision entworfenen „Sinus-Milieus“ und eine Regionalstudie aus dem Braunschweiger Land („Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten“ 2001).

Kategorie trotz Armutserfahrungen verhältnismäßig stabil bleiben und ein Wechsel in gestörte Selbstwirksamkeit unwahrscheinlicher ist als in den übrigen Kategorien. Grundsätzlich sind für alle Kategorien Übergänge denkbar (s. Abb. 10).

Jede dieser Kategorien ist durch bestimmte Erziehungsstile und -ziele sowie durch bestimmte Überlastungen und Ressourcen gekennzeichnet. Die Kategorien selbst sind nicht als Bewertung zu verstehen, sondern beschreiben die subjektiven Lebenslagen der von Armut betroffenen Menschen. Da die Titel der Kategorien nicht unbedingt selbsterklärend sind, werden sie in der folgenden Tabelle durch die entsprechenden Belastungen und Ressourcen erläutert (s. Abb. 11).

Abbildung 10: Kategorien der Armutserfahrung



Quelle: Bird/Hübner 2013

Abbildung 11: Beschreibung der Kategorien der Armutserfahrung

Kategorien und Lebenslagen	
Gestörte Selbstwirksamkeit	
Belastungen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Multiple Unterversorgungslagen ▶ Zustand von Resignation, Erschöpfung und Hilflosigkeit ▶ Gefühl eigener Nutz- und Wertlosigkeit ▶ ‚Unfähigkeit‘, auf Gefahren- oder Konfliktsituationen angemessen zu reagieren ▶ ‚Unfähigkeit‘, Daseinskompetenzen wie beispielsweise Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen oder Zukunftsorientierung an Kinder zu vermitteln
Ressourcen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Grundsätzliche Bereitschaft, (komplexe) Unterstützung anzufordern und in Anspruch zu nehmen, auch wenn entsprechende Angebote nicht unbedingt passgenau sind
Genussvolles Konsumieren	
Belastungen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Maßloser und unorganisierter Umgang mit Fernsehen, Computer, Spielkonsolen, Lebensmitteln ▶ Wahl ‚falscher‘ Prioritäten: Konsum als Belohnung ▶ Elterliche Bereitschaft zum Verzicht auf eigene materielle Wünsche zugunsten der Kinder
Ressourcen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Meistens besteht eine sichere Bindung der Eltern zum Kind ▶ Bereitschaft, Bedürfnisse des Kindes wahrzunehmen und gegebenenfalls eigene (materielle) Bedürfnisse zurückzustellen
In den Tag hinein leben	
Belastungen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Armut als (wiederkehrende) Phase durch prekäre Arbeitsverhältnisse ▶ Häufig junges Durchschnittsalter der Eltern ▶ Ambivalenz in der Elternrolle und/oder problematische Partnerschaften ▶ Überforderungs- und Stressempfinden ▶ Vergleichbar mit dem in der Sinus-Studie dargestellten Milieu der Hedonisten
Ressourcen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Grundsätzlich optimistische Lebenseinstellung ▶ Orientierung an Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung – für sich selbst sowie für das Kind ▶ Wunsch nach Sicherheit und Beständigkeit für das Kind ▶ Eltern sind in der Lage, ihren Alltag eigenständig zu bewältigen und Erziehungsaufgaben wahrzunehmen

Ausgebrannt und überarbeitet	
Belastungen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Belastungen durch hohen Zeitdruck ▶ Mögliche Gründe für den hohen Zeitdruck sind: Alleinerziehendenstatus, kinderreich und/oder niedriglohnbeschäftigt ▶ Erschöpfungszustand gehört zur Normalität ▶ Wenig bis keine Unterstützung im eigenen sozialen Umfeld, trotzdem oft gut strukturierter Alltag und Hoffnung auf bessere Zukunft
Ressourcen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trotz hoher Belastungen verfügen viele Familien über stark ausgeprägte Kompetenzen im Alltag und sind in der Lage ihre Erwerbstätigkeit mit der eigenen Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Kindererziehung zu vereinbaren ▶ Eltern entwickeln Strategien, die vorhandene Zeit gezielt und intensiv und mit den Kindern zu verbringen ▶ Häufig positive Lebenseinstellung, die den Kindern Sicherheit gibt
Souveräne Bewältigung	
Belastungen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Prekäre Beschäftigungsverhältnisse (häufig in Selbstständigkeit) ▶ Oftmals geringe Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung und fehlende berufliche Alternativen
Ressourcen:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausgeprägtes Selbstbewusstsein der Elternrolle und aktive Bewältigungsstrategien ▶ Einbindung in Unterstützungsnetzwerke und gute Kenntnis über staatliche Hilfen ▶ Eltern sind aktiv und können motivierend auf andere Eltern wirken
Gemachte Fremdheit	
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auseinandersetzung mit familiären und kulturellen Traditionen ▶ Konfliktpotential durch Auseinandersetzungen zwischen den Werten und der Kultur des Herkunftslandes und der neuen Heimat ▶ Ausgeprägter Familienbezug als handlungsleitende Orientierung ▶ Größerer Zukunftsoptimismus als bei Eltern der anderen Kategorien ▶ Hohe Erwartungen der Eltern (Bildungserfolge) können nicht immer erfüllt werden

Quelle: Eigene Darstellung nach Bird/Hübner 2013

Die Kategorien können dabei helfen, unterschiedliche Formen des Elterndaseins besser einordnen und verstehen zu können, um dieses Wissen für die Konzeption von Angeboten nutzbar zu machen. Zentrale Zielstellung dabei ist, Eltern passgenau in ihrer Erziehungsverantwortung und

-kompetenz zu unterstützen, sie und ihre Kinder durch entsprechende Angebote bzw. öffentliche Einrichtungen besser zu fördern und Teilhabe-, Entwicklungs- und Verwirklichungschancen zu verbessern.

5.3 Potentiale im Sozialraum

Grundsätzlich lässt sich aus den oben aufgeführten Kategorien ebenso wie aus dem aktuellen Stand der Praxis ableiten, dass im Umgang mit allen Eltern – und an dieser Stelle sind tatsächlich alle Eltern als eine Gruppe gemeint – eine offene, respektvolle und akzeptierende Haltung erforderlich ist. Zudem gibt es bestimmte Kriterien, wie eine einfache und natürliche Ansprache oder fußläufige Erreichbarkeit,

die den Zugang zu Angeboten und Einrichtungen erleichtern. Neben der Bekanntmachung eines Angebotes, die in der Sprache/den Sprachen der Zielgruppen verfasst sein muss, erscheint es sinnvoll, mehr auf aktive und persönliche Ansprache der Menschen an Ankerstandorten (Spielplatz, Kiosk, Kindertageseinrichtung, Schule, Sportplatz etc.) zu setzen. Dem Prinzip der

Niederschwelligkeit¹⁷ folgend eignen sich besonders offene und unentgeltliche Angebote für einen ersten Zugang. Dabei kann es entsprechend der in der Literatur etablierten Unterscheidung in fünf Ansätze zur Systematisierung des Spektrums von Familienbildung¹⁸ (vgl. Strätling 1990; Pettinger 2006) ebenso spezifische Angebote für Familien mit besonderen Belastungen (Stichwort ‚Besondere Belastungen‘) sowie Angebote, die trotz einer breiten Ansprache implizierte Zielgruppen ansprechen sollen (Stichwort Zielgruppenbezogene Arbeitsansätze), geben (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006). Das heißt, Zielgruppe von Familienbildungsangeboten sind sowohl alle Familien wie auch diejenigen, die sich in besonderen Lebens- und Belastungssituationen befinden. Familienbildung wird hier als Gradmesser herangezogen, da sie per se einen präventiven Ansatz verfolgt, indem eine Vermittlung von grundlegenden Kompetenzen zur Bewältigung des (Familien-)Alltages und keine bereits manifestierten Problemlagen im Vordergrund steht (vgl. Minsel 1999). Sowohl die Aufgaben und Ziele als auch die Organisationsformen der Familienbildung haben sich in den letzten Jahrzehnten stetig verändert und bilden eine große Vielfalt ab.¹⁹ Neben klassischen Familienbildungsstätten und deren Kursangeboten gibt es verschiedenste Beratungsformen, Hausbesuche sowie offene Kontaktangebote wie beispielsweise Mütter- oder Elterncafés. Dabei kommt insbesondere den offenen Angeboten eine wichtige Bedeutung zu, da die institutionelle Familienbildung mit dem strukturierten Kursangebot selten diejenigen Eltern erreicht, die am ehesten davon profitieren würden. Es entsteht die paradoxe Situation, dass Familienbildungsstätten hauptsächlich über Teilnahmegebühren finanziert werden und gleichzeitig diejenigen Eltern ansprechen sollen, die begrenzte finanzielle Ressourcen haben und diese selten für solche Angebote verausgaben (vgl. Bird/Hübner 2013). Daher werden gerade offene und kostenfreie Angebote wie beispielsweise das Familienbildungsangebot „Elternstart NRW“ gefördert. Auch im Rahmen von Netzwerken Früher Hilfen werden vermehrt aufsuchende und offene Angebote gefördert, um alle Eltern zu erreichen.

Viele Angebote der Familienbildung und generell der Kinder- und Jugendhilfe, die eine Kommune (co-)finanziert bzw. die durch Vereine und Initiativen bereitgestellt werden, sind dezentralisiert auf den lokalen Nah- und Lebensraum der Menschen ausgerichtet. Sowohl für die Familienbildung als auch für weitere Angebote bietet die Bezugnahme zum Sozialraum viele Chancen. Bezugnahme bedeutet dabei, sich ein umfangreiches Bild von dem sozialen Nahraum, möglichen Problemlagen und vorhandenen Ressourcen zu machen und Angebote unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten zu konzipieren. Wichtige Akteure sind hier die Fachplanungen der Stadtverwaltungen sowie die Fachkräfte und Ehrenamtlichen, die vor Ort tätig sind und die unterschiedlichen Zielgruppen selbst. Für die Arbeit mit potentiell belasteten Zielgruppen ist das Verhältnis zwischen den Fachkräften und den Klienten ausschlaggebend. Dabei geht es um Vertrauen, Wertschätzung und Beziehungsaufbau. Grundsätzlich erscheint es sinnvoll, StadtteilkoordinatorInnen bzw. QuartiersmanagerInnen in belasteten Sozialräumen einzusetzen, damit diese als Lotsen für Eltern fungieren. Darüber hinaus fördern offene Treffs, Elterncafés, Aktionstage, lokale Stammtische, Stadtteilkonferenzen sowie bereits beschriebene starke Beteiligungsverfahren die Identifikation mit dem Sozialraum und können ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen und dadurch Ressourcen freisetzen.

Für Eltern mit Migrationshintergrund ist es hilfreich, wenn Fachkräfte mit dem gleichen kulturellen Hintergrund Kontakt zu ihnen suchen und ihnen als Ansprechpersonen bekannt sind. Insgesamt scheint ein Ausbau von aufsuchender Arbeit und einem fragenden und zuhörendem Ansatz – Was interessiert die Menschen? Was bereitet ihnen Sorge? Wo wird Unterstützung benötigt? – erforderlich. Hier gibt es vereinzelt neue Konzepte in den Modellkommunen, mit denen gute Erfahrungen gemacht werden. In Dormagen führen beispielsweise sowohl ErzieherInnen der Kindertagesstätten als auch LehrerInnen der Grundschulen mit Einverständnis der Eltern Hausbesuche durch, um sich Zeit für einen gegenseitigen Informationsaustausch in einem geschützten Rahmen zu nehmen.

17. Mit dem Begriff der Niederschwelligkeit sind hier niederschwellige Zugänge zu Unterstützungsleistungen und nicht etwa ein niederschwelliger Zugang staatlicher Akteure zu den Familien gemeint (Mehr zu dieser Unterscheidung vgl. Fegert/Wiesner 2014).

18. Der Begriff ‚Familienbildung‘ bezieht sich auf die definitorische Abgrenzung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebenen Bestandsaufnahme und meint Präventionsmaßnahmen, die mit einer pädagogisch-psychozialen Ausrichtung Eltern und Familien ansprechen, dabei direkt oder indirekt die Erziehungskompetenz stärken sollen und einen Kurs- oder Projektcharakter haben, d. h. keine Einzelfallhilfe sind.

19. Die historischen Entwicklungen der Familienbildung stellen Heitkötter und Thiessen (Heitkötter/Thiessen 2009) dar.

Empfehlungen aus dem Themencluster:

- Die Zuschreibung dessen, wer als schwer erreichbar gilt, muss stets kritisch reflektiert und auf mögliche Ausgrenzungsmechanismen geprüft werden
- Für belastete Eltern und Familien muss der Setting-Ansatz ausgebaut werden
- Kultursensibilität und das Prinzip der einfachen Sprache müssen ausgebaut werden
- Schlüsselpersonen aus dem Sozialraum müssen stärker eingebunden werden

Im Folgenden werden einzelne Angebote aus allen am Themencluster teilnehmenden Modellkommunen vorgestellt, um

die sozialräumlichen Zugänge zu unterschiedlichen Zielgruppen exemplarisch zu verdeutlichen.

Titel des Angebotes	Stadt Arnsberg: Pädagogische Hausaufgabenbetreuung für Schülerinnen und Schüler als niederschwelliges Angebot im Rahmen von Hilfe zur Erziehung im städtischen Jugendzentrum Hüsten.
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	► SchülerInnen ab der 4. Klasse, die in schulisch angebotenen Hausaufgaben-Gruppen nicht passend gefördert werden können und einen engeren Rahmen benötigen.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	► Im Rahmen von Sozialraumgesprächen im Jahr 2010 zwischen Jugendarbeit und Bezirkssozialarbeit wurde eine Gruppe Jugendlicher identifiziert, die aufgrund von sozialen und familiären Problemlagen auf kein angemessenes Angebot zurück greifen konnten, um ihren schulischen Verpflichtungen außerhalb des Unterrichtes nachzukommen. Lernförderung im schulischen Regelangebot war nicht geeignet, da diese Jugendlichen aufgrund der vielschichtigen Problemlagen nicht in die Gruppen integriert werden konnten. Zu dem bestand die Gefahr, dass sich durch soziale Ausgrenzung die individuellen Problemlagen noch weiter verschlimmerten.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	► Da für die Zielgruppe kein Angebot im Sozialraum vorgehalten wurde, gab es entweder die Möglichkeit eine kostenintensive Gruppe im Rahmen von Hilfen zur Erziehung einzurichten, mit der gleichzeitigen Befürchtung, dass somit zwar evtl. die schulischen Probleme gelöst werden können, aber die soziale Isolation der Jugendlichen sich auf diese Weise noch weiter manifestiert hätte. Eine Anbindung an Freizeit-Regelangebote hätte so nur „künstlich“ geschaffen werden können.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	► Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot von Hilfe zur Erziehung. Vorrangig werden Schülerinnen und Schüler durch Empfehlung des ASD aufgenommen, ebenso kann der Zugang nach Prüfung durch eine Empfehlung der Schule oder auf Wunsch der Eltern erfolgen.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	► Durch den regelmäßigen Besuch der Gruppe wird eine Stabilisierung/Verbesserung der schulischen Leistungen erwartet. Darüber hinaus erhalten die Jugendlichen durch die sozialpädagogische Begleitung Angebote in der offenen Jugendarbeit, die zur gesellschaftlichen Integration und Teilhabe beitragen.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	► Jugendhilfe greift hier auf die sozialräumliche Ressource der offenen Jugendarbeit zurück. Eine Kooperation zwischen Schulen, Bezirkssozialarbeit und Trägern der freien Jugendhilfe im Sozialraum ist dabei selbstverständlich. Des Weiteren wird auf eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der offenen Jugendarbeit und den örtlichen Sport-, Kulturvereinen, Interessensgemeinschaften der Wirtschaft und der Stadtbücherei zurückgegriffen.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	► Durch die Anbindung an das Regelangebot der offenen Jugendarbeit erhalten die Jugendlichen zahlreiche Angebote zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung und kommen in den Austausch mit der Peergroup in einem geschützten Rahmen. Auf schulische und soziale Problemlagen kann somit schnell reagiert werden und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Titel des Angebotes	Stadt Bielefeld: Stadtteilmütter in den Quartieren Sieker und Ostmannurturmviertel
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	▶ Familien mit Migrationshintergrund mit minderjährigen Kindern
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Anlass ist die Erkenntnis, dass Familien mit Migrationshintergrund Probleme haben, sich im deutschen Bildungs- und Gesundheitssystem zu Recht zu finden. ▶ Außerdem die Erfahrung, dass eine Beratung/Hilfestellung durch Personen mit gleicher Herkunft (Mütter mit Migrationshintergrund) von ‚Ihresgleichen‘ erfolgreicher/besser angenommen wird.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	▶ Siehe oben
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Über ‚Mund-zu-Mund-Propaganda‘, Bildungseinrichtungen (Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder) Quartiersbüro, Vereine etc. ▶ Die Stadtteilmütter sind zudem auch persönlich im Quartier unterwegs und sind durch eine ‚Tasche‘ als solche erkennbar.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Für die betroffenen, beratenen, begleiteten Familien: Bessere Kenntnis, besseres ‚zu Recht-finden‘ im deutschen Bildungs-, Gesundheitssystem. ▶ Erfolgreichere, wirkungsvollere Alltagsbewältigung, Steigerung der Problemlösungskompetenzen etc. ▶ Für die Stadtteilmütter: Qualifizierung, Anerkennung, Steigerung des Selbstwertgefühls, Zusatzverdienst.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	▶ Es wird die soziale Infrastruktur des Sozialraums genutzt.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	▶ Durch die Anbindung an bestehende soziale Infrastruktureinrichtungen im Sozialraum ergibt sich eine verbesserte Anbindung und eine höhere Dichte an Beziehungen zu anderen BewohnerInnen.

Titel des Angebotes	Stadt Dormagen: prokita
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Vierjährige Kinder und deren Eltern in Kindertageseinrichtungen in ausgewählten Wohngebieten.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Besorgniserregende Negativtrends bei den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung führten zu der Überlegung, möglichst schon im Vorfeld negative Entwicklungen erkennen und durch frühzeitigere Förderung entgegenwirken zu können. ▶ Daher wurde prokita 2003 als Programm vom Kinder- und Jugendärztlichen Gesundheitsdienst des Rhein-Neuss-Kreises entwickelt.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Auswahl der Sozialräume, in denen Kitas prokita durchgeführt wird, orientiert sich an strukturellen Gegebenheiten und Sozialindikatoren. ▶ Innerhalb dieser Einrichtungen nehmen alle vierjährigen Kinder an dem Programm teil.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Das Programm versteht sich als offenes und freiwilliges Angebot; es besteht aus einer standardisierten kinderärztlichen Untersuchung, die im Beisein mindestens eines Elternteils und einer Erzieherin durchgeführt wird. ▶ Die Untersuchungsergebnisse und Förderempfehlungen werden ausführlich besprochen und schriftlich ausgehändigt; darüber hinaus kann eine Kontaktaufnahme zu anderen Institutionen sowie eine Begleitung dorthin erfolgen. ▶ Die Untersuchung (fast 100%ige Inanspruchnahme) und die ärztliche Einschätzung mitsamt der Verdeutlichung der Entwicklungsbedarfe genießen bei den Eltern eine hohe Akzeptanz.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Fachkräfte melden zurück, dass prokita einen unverzichtbaren Beitrag zur gezielten und bedarfsgerechten Förderung der Kinder und der Elternarbeit leistet. ▶ Durch die Inanspruchnahme von empfohlenen Förderungen werden Verbesserungen in der Schulfähigkeit und in der Sozialkompetenz verzeichnet.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Für mögliche Unterstützungsleistungen werden Einrichtungen in der Nähe der Kitas genutzt
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Dadurch, dass die Untersuchung sich an alle Kinder und Eltern der ausgewählten Einrichtungen richtet, finden keine Stigmatisierungen statt ▶ Dass die Förderempfehlungen mit allen Beteiligten gemeinsam besprochen werden, führt zu einer großen Akzeptanz bei den Eltern

Titel des Angebotes	Stadt Dortmund: Bürgergarten Kleine Heroldwiese
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bürgerinnen und Bürger in dem Quartier rund um die Kleine Heroldwiese.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Im Quartier leben Menschen aus 35 Nationen. Große Sprachbarrieren verhindern ein Gemeinwesen und ein gemeinschaftliches Verständnis vom Zusammenleben, Nachbarschaft, Familie, Rücksichtnahme. ▶ Vorbehalte und Ängste bestimmen das Verhalten; Rückzug, Isolation und Unverständnis bestimmen das Bild.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Integrationsbemühungen sind zum Zusammenleben unabdingbar. ▶ Menschen in Kontakt zu bringen verbessert die Kommunikation und über gemeinsame Interaktion werden Hemmnisse abgebaut.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zwangloses Miteinander, gemeinsames Gärtnern, Pflanzen und ein entspanntes Zusammensein bedingen Kontakte und entwickeln ein gegenseitiges Interesse und Verständnis. ▶ Dadurch werden Vorbehalte abgebaut.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Abbau von Kommunikationshemmnissen, Entwicklung von Nachbarschaften, Unterstützung und Zusammenhalt. Gemeinsame Identifikation im Quartier und damit Verantwortungsübernahme für Gemeinschaftseigentum. Verständnis der verschiedenen Kulturen und Religionen untereinander. ▶ Erreichbarkeit von Familien und Vermittlung in weiterführende Maßnahmen und Förderprogramme.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ An dem Bürgergarten beteiligen sich Netzwerkpartner, Ehrenamtliche, Wohnungsgesellschaften und eine Bürgerinitiative. ▶ Stadt und Politik haben das Grundstück zur Verfügung gestellt.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Im Bürgergarten werden gezielt Maßnahmen wie Workshops, Pflanz- und Kunstaktionen und Gartenfeste veranstaltet. Hierdurch können Familien erreicht und direkt angesprochen und vermittelt werden. ▶ Das zwanglose Miteinander und der anlassfreie Bezug bedingt, dass Familien überhaupt erscheinen.

Titel des Angebotes	Stadt Duisburg: Impfkaktion für Kinder und Jugendliche aus Südost-Europa
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	▶ Zugewanderte Menschen aus Südost-Europa.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ In Duisburg ist insgesamt die größte Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in gesamt Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. ▶ Viele der Menschen sind nicht krankenversichert und haben einen unklaren Impfstatus, über 90 Prozent von den Kindern und Jugendlichen hatten in der Schuleingangsuntersuchung im Jahr 2013 einen ungeklärten Impfstatus.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	▶ Im Rahmen der Gesundheitsförderung und Schutz vor ansteckenden Krankheiten ist 2013 eine grundimmunisierende Impfkaktion für Kinder und Jugendliche ab fünf Jahre ohne geklärten Versicherungsschutz durchgeführt worden. Geimpft wurde gegen Masern, Mumps, Röteln (MMR), Tetanus, Diphtherie, Pertussis und Polio.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Impfkaktion wurde bewusst niederschwellig umgesetzt. ▶ Fachkräfte haben in der jeweiligen Muttersprache in aufsuchenden Gesprächen über die Impfkaktion aufgeklärt, zusätzlich gab es Flyer, die in verschiedene Sprachen übersetzt worden sind und über den Ablauf der Impfkaktion informierten.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	▶ Gesundheitliche Grundversorgung
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Impfkaktion ist vom Gesundheitsamt in Kooperation mit mehreren Beratungsstellen freier Träger im Stadtteil Hochfeld durchgeführt worden. ▶ Ohne die Räumlichkeiten und Kontaktaufnahmen durch Fachkräfte der unterschiedlichen Träger wäre dies nicht möglich gewesen.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	▶ Durch die Impfkaktion und damit verbundene Gesundheitsförderung findet eine Annäherung an medizinische Grundversorgung statt.

Titel des Angebotes	Stadt Gelsenkirchen: Bildungsverbund Schalke – Schwerpunkt Übergang Kita-Grundschule
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zielgruppe sind alle Kinder und Jugendliche im Stadtteil Gelsenkirchen Schalke. ▶ Auf struktureller Ebene sind alle lokalen Bildungsinstitutionen Zielgruppe und Bestandteil des Bildungsverbundes.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Grundsätzlicher Hintergrund ist, dass der Bildungserfolg von Kindern noch immer stark an die soziale Herkunft gekoppelt ist und alle Akteure erforderlich sind, um Kinder in ihrer Entwicklung und in ihren Bildungschancen zu unterstützen – dabei muss dort angesetzt werden, wo die Kinder leben, in ihrem Stadtteil/Sozialraum, um die Lebenslagen, Ausgangsvoraussetzungen und Teilhabechancen Gelsenkirchener Kinder im Settingansatz zu verfolgen. ▶ In diesem Kontext ist 2012 ein Bildungsverbund gegründet worden, der in mehrere Arbeitsgruppen untergliedert ist.*
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Da es bis dato keine einheitlichen Standards für den Übergang von der Kita in die Grundschule gab, lag ein Fokus zunächst auf der Entwicklung eines modellhaften standardisierten Verfahrens für den Übergang.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Für ein einheitliches Übergangsmanagement sind unterschiedliche Instrumente entwickelt worden, die sicherstellen, dass Kenntnisse der Kitas über Ressourcen und Unterstützungsbedarfe mit Einverständnis der Eltern und im gemeinsamen Gespräch an die jeweilige Grundschule mit einem entsprechendem Portfolio übermittelt und dort fortgeschrieben werden können. ▶ Darüber hinaus gibt es für die Kinder und deren Eltern zusätzliche unterstützende Angebote im Bereich Theaterpädagogik und individuellen Förderung, die von den ErzieherInnen in den Kitas beworben und zum Teil mitdurchgeführt werden. Die Maßnahmen haben alle das Ziel Kinder und Eltern fit für die Schule zu machen.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Durch die standardisierte Informationsweitergabe wird gewährleistet, dass wichtige Kenntnisse der Kitas über individuelle Kompetenzen und Unterstützungsbedarfe der Kinder bereits vor Schulbeginn in den Schulen bekannt und berücksichtigt werden können. ▶ Insgesamt wird dadurch die Möglichkeit, individuelle Fördermaßnahmen nahtlos fortzusetzen und Bildungschancen verbessern zu können, erhöht.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Im Bildungsverbund haben sich alle im Stadtteil Schalke aktiven Bildungsinstitutionen zusammengeschlossen. Durch den Zusammenschluss gelingt es, Bedarfslagen auf kurzem Wege zu besprechen und flexibel im Zusammenschluss aller Akteure darauf zu reagieren.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolati-on befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Kooperation der Kitas und Grundschulen stärkt die Einheit des Sozialraums und die Passgenauigkeit der entsprechenden Angebote. Die sozialräumliche Anbindung bedeutet kurze Wege und Vertrautheit der Einrichtungen und eine Anbindung an das nachbarschaftliche und professionelle Umfeld.

* Es gibt insgesamt fünf AGs: Übergang Kita-Grundschule, Eltern als Bildungspartner, Öffentlichkeitsarbeit, Jugend in Schalke, Gesunder und bewegter Stadtteil, in denen entsprechende Konzepte erarbeitet werden.

Titel des Angebotes	Stadt Gladbeck: Eltern-Kind-Gruppen
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ursprünglich Eltern, die SPFH in Anspruch nehmen. ▶ Mittlerweile werden auch andere Eltern gezielt in die Gruppen, die aktuell an drei Standorten wöchentlich stattfinden, vermittelt: Mütter und Väter mit ihren Kindern bis zum Eintritt in den Kindergarten oder eine andere Regelbetreuung; Eltern, die wenig oder keine sozialen Kontakte bzw. keine Erfahrung mit sozialen Gruppen haben; Getrennt lebende Väter, die Umgang mit ihrem Kind in geschützter Umgebung wünschen; Alleinerziehende; Eltern mit chronifizierten Problematiken.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Das Angebot ist auf eine Initiative von Eltern gegründet worden, die eine SPFH in Anspruch nehmen, und sich untereinander austauschen wollten.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zunächst hat sich die Zielgruppe selbst gebildet (Familien mit SPFH); der erweiterte Teilnehmerkreis (s. o.) wird adressiert, weil es für diese Eltern keine Angebote gibt. ▶ Das Gruppenangebot bietet konzeptionell eine Ergänzung zu den individuellen Einzelfallhilfen. Übergänge und Transfer zu anderen Angeboten werden durch die Kursleitung vermittelt und begleitet.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zugang zu den Gruppen auf Empfehlung von TeilnehmerInnen, durch den ASD, „Kinder im Blick“, „Gesund aufwachsen“, Frühförderstellen und Familienhebammen. ▶ Bei Bedarf werden die Eltern beim ersten Besuch der Gruppe begleitet. ▶ Die methodische Grundhaltung der Leiterinnen ist die aktivierende, wertschätzende Arbeitsweise und das Konzept der Gruppe ist offen für die Wünsche, Interessen und Anregungen der Eltern. Der im Wesentlichen immer gleiche Ablauf der Treffen vermittelt den TeilnehmerInnen Struktur und gibt ihnen Verhaltenssicherheit. ▶ Die Teilnahme ist im Unterschied zu den regulären Krabbelgruppen grundsätzlich kostenlos.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Teilnahme soll die Inanspruchnahme von Regelangeboten vorbereiten.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Gruppen finden in etablierten Einrichtungen in mehreren Stadtteilen statt.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Durch die Teilnahme an der Gruppe können die Eltern untereinander Kontakt knüpfen und gegebenenfalls weitere Angebote (im Stadtteil und in der Gesamtstadt) kennenlernen. ▶ Dies ist besonders für diejenigen wichtig, die zur Gruppe begleitet werden und über wenig/keine sozialen Kontakte verfügen.

Titel des Angebotes	Kreisstadt Unna: Quartiersprojekt „Zukunft Berliner Allee“ Hier: Kooperationsbüro Jobcenter und Jugendamt
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Familien aus dem Bereich der Berliner Allee der Stadt Unna, die SGBII beziehen und Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausgangspunkt des Projektes „Berliner Allee“ ist die Hypothese, Transferleistungen aus zwei Sozialgesetzbüchern SGB II und SGB VIII, die von einer Familie in Anspruch genommen werden können, mit allen Beteiligten zu koordinieren. Beide Systeme arbeiteten i. d. R. parallel und nicht abgestimmt. ▶ Gemeinsames Ziel des Kooperationsbüros ist, tragfähige Problemlösungen auf der Basis der Hilfeplanung bzw. Eingliederungsvereinbarung für die Familien zu finden und damit gleichzeitig die Qualität der Betreuung und Unterstützung zu verbessern. Die gesellschaftliche Teilhabe sowie die berufliche Integration stehen dabei im Vordergrund.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ziel dieses Projektes ist die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Teilhabechancen der Familien durch den ganzheitlichen Ansatz und eine Vernetzung zu anderen Projekten. ▶ Elementarer Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit ist eine gemeinsame erarbeitete Strategie (manifestiert im Hilfeplan bzw. der Eingliederungsvereinbarung) für Familien, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und/oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Für die operative Umsetzung des Projektes „Berliner Allee“ wird durch die Kreisstadt Unna im Quartier eine Wohnung angemietet. Hierdurch wird eine tatsächliche Nähe zum Wohnumfeld der betroffenen Klientel geschaffen. ▶ Neben den Akteuren des Jobcenters und des allgemeinen sozialen Dienstes werden auch Mitarbeiter der Jugendsozialarbeit/ Familienbüro/ Quartiersmanagement vor Ort sein.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kürzere Wege für die Familien. ▶ Kooperationsbüro als zentrale Anlaufstelle: Vertrauen in die Institutionen, gesteigerte Nutzung und Kenntnis von Angeboten im Sozialraum, nahtlose Übergänge zwischen den Angeboten und Hilfeleistungen, dadurch konsequente Weiterverfolgung und möglicherweise Lösung der Problemlagen u.v.m.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Alle lokalen Ressourcen werden genutzt; es gibt eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen KITA, Gemeindezentrum, ASD, Falken Kinderclub, Schulsozialarbeit, Frühe Hilfen, Familienbüro.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Durch die zielgerichtete Vermittlung werden passgenaue Angebote aufgesucht, die motivieren sich weiter zu engagieren, für sich selbst oder für das Kind. Der Austausch in den vermittelten Angeboten, kann zu einem Austausch darüber hinaus werden.

Titel des Angebotes	Stadt Witten: KiWi* Eltern-Kind-Gruppen
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zielgruppe sind alle Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 18 Monaten.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hintergrund des Angebotes ist die Erfahrung, dass viele junge Eltern isoliert leben und in ihrer Rolle als Eltern gestärkt werden sollen – gleichzeitig erfreuen sich Eltern-Kind-Gruppen großer Beliebtheit. ▶ Zentrale Zielstellungen sind daher: Förderung der Eltern-Kind-Bindung, Kontakte zu anderen Eltern knüpfen, Reflektion des Erziehungsverhaltens, Erlernen von Spielsituationen zu unterschiedlichen Entwicklungsbereichen, Kontaktaufnahme der Kinder untereinander, Voneinander lernen.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Es werden alle Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 18 Monaten angesprochen – davon ausgehend, dass alle Eltern, insbesondere wenn sie über unterschiedliche Ressourcen verfügen, von dem Angebot profitieren können. ▶ Ansatz der Frühprävention
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Kursgruppen finden in allen neun Familienzentren sowie bei Pro Familia und dem Kinderschutzbund statt und sind sozialraumorientiert organisiert. ▶ Über das Netzwerk Frühe Hilfen, den Begrüßungsbesuchen und die genannten Institutionen werden die Gruppen beworben und bekanntgegeben.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausgehend von den Zielstellungen soll die Eltern-Kind-Bindung und – Beziehung sowie die Erziehungskompetenz gestärkt werden. Darüber hinaus bieten die Kurse die Gelegenheit, mit anderen Eltern Kontakte zu knüpfen, Anbindung an den Sozialraum zu erhalten und Isolation entgegenzuwirken. ▶ Das Unterstützungssystem ist bekannt und kann barrierefrei genutzt werden.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Dadurch, dass das Angebot sozialräumlich organisiert ist, lernen die Eltern gleichzeitig die Familienzentren und gegebenenfalls weitere Angebote kennen. ▶ Wissen und Ressourcen der Familien können geteilt und genutzt werden.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Netzwerkbildung unter Familien, Information über das professionelle Netzwerk: Integration in die Präventionskette.

* KiWi steht für „Kind in Witten“

Titel des Angebotes	Stadt Wuppertal: Winzig-\$\$® *
An welche Zielgruppe(n) richtet sich das Angebot?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Das Angebot richtet sich an alle im Bezirk Wichlinghausen lebenden (auch werdenden) Eltern mit einem Kind bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr.
Hintergrund des Angebotes: Wann und zu welchem Anlass ist das Angebot konzipiert worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hintergrund war der Gedanke, in einem Quartier mit hohen Geburtenzahlen, guter sozialer Durchmischung, aber auch hohem Förderbedarf (u.a. Quartier der Städtebauförderung Soziale Stadt) ein Angebot für alle BewohnerInnen zu schaffen, das den Kontakt der BewohnerInnen im Alltag fördert.
Warum ist die adressierte Zielgruppe als solche ausgewählt worden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Alle (werdenden) Eltern des Stadtteils ▶ Alle Eltern und werdenden Eltern erhalten die Winzig-\$\$®-Hefte und pro Kind und Entwicklungsphase jeweils 20 Winzig-\$\$®, die einem Gegenwert von 200,- Euro entsprechen, aber nicht in Bargeld verwandelt werden können. Der Winzig-\$\$® dient als Zahlungsmittel für ausgewählte Eltern-Kind-Angebote im Nahbereich. Es werden solche Angebote gefördert, die bei einer gelingenden Entwicklung des Kindes hilfreich sind und die Eltern-Kind-Beziehung fördern.
Welcher Weg wird genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Ansprache erfolgt über MultiplikatorInnen (z.B. ErzieherInnen, Kinder- und FrauenärztInnen), Mundpropaganda, die Homepage der Stiftung, die Einbindung in die Homepage der Stadt Wuppertal, das Stadtteilbüro, in Stadtteilkonferenzen.
Welche Verbesserungen werden für die Menschen durch die Teilnahme an diesem Angebot erwartet?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Dadurch dass sich der Winzig-\$\$® an alle Eltern im Stadtteil richtet und nur die Angebote gefördert werden, die sich im Nahbereich befinden, begegnen sich Eltern häufiger im Alltag; idealerweise kann dadurch ein Netzwerk entstehen.
Inwiefern können dabei Ressourcen des Sozialraums genutzt werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Da sich das Angebot ausschließlich auf den Sozialraum bezieht, werden die dort vorhandenen Ressourcen eingebunden und genutzt.
Inwiefern kann die Zielgruppe durch eine stärkere Anbindung an den Sozialraum aus einer möglichen Isolation befreit werden?	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Durch eine Förderung der Alltagsbegegnungen mit anderen Eltern entsteht die Möglichkeit des Kennenlernens und des Austauschs.

* Der Name lehnt sich an die Winzig-Stiftung an, die diese künstliche Währung, den Winzig-Dollar, als sozialraumorientiertes Angebot für den Bezirk Wuppertal-Wichlinghausen geschaffen hat.

6 Zusammenfassung

Um den eingangs aufgeführten Segregations- und Armutsspiralen auf Quartiersebene entgegenwirken zu können, müssen kommunale Planungsressorts einen Überblick über vorhandene Verhältnisse und Entwicklungen erlangen, damit darauf aufbauend bedarfsgerechte Angebote angeregt und gemeinsam mit den zuständigen Verantwortlichen konzipiert werden können. Bei der Betrachtung unterschiedlicher Sozialräume ist die Konstruktion selbiger eine wichtige Grundlage. Sie entscheidet den Radius, in dem Daten analysiert und verglichen werden ebenso wie mögliche Eingrenzungen bei der Konzeptionierung und Ausgestaltung von Angeboten. Da sich viele Kommunen bei ihrer Definition von Sozialräumen aktuell an bestehenden Verwaltungseinheiten und weniger an den Lebensräumen der Menschen orientieren, ist innerhalb der Konstruktion von Planungseinheiten eine stärkere Ausrichtung an den subjektiven Lebenslagen wünschenswert.

Die Erfassung und Interpretation kleinräumiger statistischer Daten gilt dabei als Qualitätsstandard, da die Gesamtkommune als Planungsraum für viele Zwecke ungeeignet ist. Damit statistische Daten unterschiedlicher Fachressorts regelhaft zusammengeführt und fachübergreifend interpretiert werden können, werden feste Strukturen benötigt; das kann idealtypisch eine ressortübergreifende und integrierte Planung oder aber auch die regelhafte Kooperation unterschiedlicher Planungsbereiche sein. Zur Verdeutlichung bestimmter Entwicklungen und möglicher Schief lagen können quantitative Daten eine wichtige (Rechtfertigungs-)Grundlage bilden. Um passgenaue Angebote für Zielgruppen in benachteiligten Stadtteilen konzipieren zu können, sind direkte und starke Beteiligungsverfahren erforderlich. Die Beteiligung dient dabei nicht dem Selbstzweck oder der Selbstbildung, sondern ergänzt und präzisiert die Fachplanung. Im Rahmen der kleinräumigen Beteiligung können gemeinsam mit den ‚Betroffenen‘ spezifische Fragestellungen und mögliche Zusammenhänge erörtert werden. Dieses Wissen ist zusätzlich zu sozialstatistischen Daten wichtig, damit die professionell erschaffene Wirklichkeit mit der Wahrnehmung der betroffenen Menschen abgeglichen und eine höhere Akzeptanz im Sozialraum erlangt werden kann. Im Rahmen der Durchführung der Beteiligungsverfahren kommt den kommunalen PlanerInnen eine bedeutende Rolle zu.

Darüber hinaus ist es ausschlaggebend für den Erfolg des Beteiligungsprozesses, dass ein Pendant im Sozialraum als MultiplikatorIn fungiert und die entsprechenden Zielgruppen zur Beteiligung aktiviert. Dem Ansatz des beschriebenen Kreislaufes folgend ist wichtig hervorzuheben, dass der Planungsprozess nach der Beteiligung nicht abgeschlossen ist, sondern die Ergebnisse in entsprechende Gremien transportiert werden müssen. Je nach Erkenntnislage können die Planungsgremien und Netzwerke eigenständig Lösungsansätze finden oder es ist eine Entscheidung auf politischer Ebene erforderlich.

Die sozialstatistische Datenerhebung sowie die Verknüpfung mit Beteiligungselementen folgen keinem Selbstzweck, sondern dienen der Verbesserung von potentiell benachteiligten Lebenslagen und der Bekämpfung von Chancengleichheit. Diese Zielstellung kann nicht oft genug betont werden, damit deutlich wird, dass die Analyse sozialstatistischer und qualitativer Daten nicht dazu dient, bestimmte Gebiete zu kategorisieren und ihnen diverse Belastungen zuzuschreiben, sondern die Aufwertungsmechanismen im Fokus stehen. Damit dieses übergeordnete Ziel gelingen kann, müssen unterschiedliche Akteure beteiligt werden. Die Anbindung der kommunalen Planungsressorts an die unterschiedlichen Fachbereiche, freie Träger und Schlüsselpersonen ist ausschlaggebend für eine fachliche Reflexion vorhandener Daten und gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen und Strategien für den Sozialraum. Diese gemeinsam erarbeiteten Ziele müssen an übergeordnete Stelle (Verwaltungsvorstand o. ä.) transferiert werden, damit deren Umsetzung verbindlich verfolgt wird und zudem Ressourcen bereitgestellt werden. Für die Kommunikation mit politischen Gremien können sozialstatistische Daten besonders hilfreich sein, da sie oftmals bereits gefühlte Entwicklungen objektivieren und ggf. Handlungsdruck erzeugen. Gleichzeitig sollten auch qualitative Daten aus Sichtweise der ‚Betroffenen‘ politisch berücksichtigt werden. Die Verbindung zwischen den Ebenen der Kommunalverwaltung, freier Träger und des Sozialraums ist eine große Herausforderung und an vielen Stellen ausbaufähig. Darüber hinaus sollten die Perspektiven unterschiedlicher Zielgruppen verstärkt Berücksichtigung finden. Denn nicht selten werden bestimmte Personengruppen

institutionell ausgegrenzt bzw. nicht richtig angesprochen und gelten dadurch als schwer erreichbar. Eine Reflexion solcher Zuschreibung und eine Auseinandersetzung mit erlebter Ausgrenzung wie beispielsweise durch die Armutskategorien von Bird und Hübner schaffen neue Blickwinkel – auch und vor allem für die Konzeption von Angeboten. Vor allem für Familien in besonderen Lebenslagen scheinen Setting-Ansätze und aufsuchende Arbeit ausbaufähig zu sein. Viele Kommunen setzen in diesem Bereich bereits innovative Ideen um und können als Inspirationsquelle für Dritte dienen.

Zukünftig bleibt abzuwarten, welche Entwicklungen sich auf kommunaler Ebene in der Umsetzung des Programms Soziale Stadt ergeben und wie die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte gelingt. Darüber hinaus lässt sich gespannt auf alle weiteren Impulse, die das Land im Rahmen des vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen aufgelegten Handlungskonzept „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ setzen wird, blicken.

7 Literaturverzeichnis

- Bird, Katherine/Hübner, Wolfgang (2013): Handbuch der Eltern- und Familienbildung mit Familien in benachteiligten Lebenslagen. Opladen.
- Braun, Sebastian (2003): Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. Arbeitspapier der Nachwuchsgruppe im Emmy-Noether-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013): Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier. 29./30. April 2013 Dokumentation und Auswertung. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2006): Bestandsaufnahme und Evaluation von Angeboten im Elternbildungsbereich. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Internetquelle: <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/soziale-stadt.html> Aufruf am 01.04.2014
- Calmbach, Marc/Thomas, Peter Martin/Borchard, Inga/Flaig, Bodo (2012): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf.
- Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. Wiesbaden.
- Deutscher Bundestag (1998): Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland – Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Berlin.
- Diakonisches Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V und Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (Hg.) (2011): Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten. Braunschweig.
- Fegert, Jörg M./Wiesner, Reinhard (2014): Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien im Spannungsfeld zwischen Sozialraumorientierung und Spezialisierung. ZHJ Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 11-2014. S. 422-425. Köln.
- Fehren, Oliver (ohne Jahresangabe): Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum? Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen. Betrifft. Bürgergesellschaft. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin.
- Fehren, Oliver/Hinte, Wolfgang (2013): Sozialraumorientierung – Fachkonzept oder Sparprogramm? Soziale Arbeit kontrovers, Band 4. Freiburg.
- Harris, Alma/ Goodall, Janet (2007): Do parents know they matter? Warwick.
- Heitkötter, Marina/Thiessen, Barbara (2009): Familienbildung: Entwicklungen und Herausforderungen. In: Mertens, Gerhard/Frost, Ursula/ Böhm, Winfried/Ladenthin, Volker (Hg.): Handbuch der Erziehungswissenschaft. Band III Familie – Kindheit – Jugend – Gender. S. 423-436. Paderborn.
- Henry-Huthmacher, Christine/Borchard, Michael (Hg.) (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Berlin.
- Hinte, Wolfgang: Von der Gemeinwesenarbeit über die Sozialraumorientierung zur Initiierung von bürgerschaftlichem Engagement. In: Thole, Werner (Hg.) (2012): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden.
- Holz, Gerda/Richter, Antje/Wüstendörfer, Werner/Giering, Dietrich (2006): Zukunftschancen für Kinder? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Endzeit der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag der AWO der Bundesverband e.V. Frankfurt am Main.
- Jasper, Christin M. (2015): Praxishandreichung „Beteiligung der Zivilgesellschaft“, Düsseldorf.
- Kalter, Birgit/Schrappner, Christian; Die Leistungsfähigkeit von Sozialraumorientierung bewerten? Das Modell- und Forschungsprojekt EPSO. In: Kalter, Birgit/Schrappner, Christian (Hrsg.) (2006): Was leistet Sozialraumorientierung? Konzepte und Effekte wirksamer Kinder- und Jugendhilfe. S. 11-17. Weinheim und München.

- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden.
- Klein, Thomas: Die sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf. www.sozialraum.de/die-sozialraeumliche-gliederung-der-stadt-duesseldorf.php Datum des Zugriffs: 15.02.2014
- Kluge, Ursula (2012): Editorial. In: Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz. Ausgabe Nr. 1 / 48. Jahrgang, Mai 2012, Stuttgart. S.1.
- Krummacher, Michael/Kulbach, Roderich/ Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt, Sozialraumentwicklung, Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und Soziale Arbeit. Opladen.
- Ley, Astrid/Weitz, Ludwig (Hg.) (2012): Praxis Bürgerbeteiligung: Ein Methodenhandbuch. Bonn.
- Meier, Uta/Preusse, Heide/Sunnus, Eva Maria (2003): Steckbriefe von Armut, Haushalte in prekären Lebenslagen. Wiesbaden.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2013): Handlungskonzept „Gegen soziale Armut und Ausgrenzung“. Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2012): Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (2005): Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Erziehung als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf.
- Minsel, Beate (1999): Eltern- und Familienbildung. In: Tippelt, Rudolf (Hg.): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. S. 603-609. Opladen.
- Pettinger, Rudolf (2006): Hohe und wachsende gesellschaftliche Erwartungen bei weiter geringen Ressourcen: Das Dilemma der Familienbildung in Deutschland – Analysen und Perspektiven. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 53. S.220-233. Berlin.
- Sacher, Werner (2012): An manche Eltern und Familien kommt man einfach nicht heran...Vorurteile, Kontaktbarrieren und Zugänge bei sogenannter Schwererreichbarkeit. In: Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz. Ausgabe Nr. 1 / 48. Jahrgang, Mai 2012, Stuttgart. S. 4-8.
- Schmitt-Wenkebach, Barbara (Hg.) (1977): Elternbildung als sozialpädagogische Aufgabe. Erfahrungen, Modelle, Vorschläge. Neuwied, Darmstadt.
- Schütte, Johannes D. (2013): Armut wird „sozial vererbt“. Status Quo und Reformbedarf der Inklusionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Strätling, Barthold (1990): Eltern- und Familienbildung. In Textor, Martin R. (Hg.): Hilfen für Familien. Eine Einführung in psychosoziale Berufe. Frankfurt am Main.

8 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Datenkatalog zur Erfassung sozialer Verhältnisse	16
Abbildung 2: Formen der Beteiligung unterschiedlicher Akteure an Planungsprozessen	20
Abbildung 3: Intensität unterschiedlicher Beteiligungsformate von schwach bis stark	21
Abbildung 4: Beteiligungsverfahren über PlanerInnen	22
Abbildung 5: Beteiligungsmodell über MultiplikatorInnen	23
Abbildung 6: Bearbeitungsschritte der Beteiligungsmodelle	23
Abbildung 7: Kreislauf zur Verknüpfung von Planungs- und Beteiligungsprozessen	24
Abbildung 8: Steuerungsstruktur des Quartiersentwicklungsprozesses in Bielefeld	25
Abbildung 9: Datenbasierte Quartiersentwicklung in Bielefeld	26
Abbildung 10: Kategorien der Armutserfahrung	31
Abbildung 11: Beschreibung der Kategorien der Armutserfahrung	31

9 Impressum

Herausgeber:

Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor“

Träger der Landeskoordinierungsstelle:
Institut für soziale Arbeit e.V.
Friesenring 40
48147 Münster
Telefon: 0251 2007990
info@isa-muenster.de
www.isa-muenster.de
Geschäftsführender Vorstand: Ilona Heuchel

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Autorin: Lisa Bartling
Redaktion: Henning Severin
Gestaltung: ciabattoni.design, Witteringstr. 102, 45130 Essen
Druck: JVA Druck + Medien, Geldern, Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Titelbild: ISA/Fabian Stürtz

Auflage: 2.500
Erscheinungsjahr: 2016

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

Praxishandreichung

Sozialraummanagement

Die zunehmende soziale Ungleichheit und die damit verbundenen unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Menschen haben Auswirkungen auf Stadtteile und Sozialräume in Städten und Gemeinden. Es ist empirisch nachgewiesen, dass sich soziale Ungleichheiten auf den Raum übertragen. Um die Heterogenität der Lebensverhältnisse sichtbar zu machen und mögliche Segregationsprozesse durch die integrierte Konzeption von passgenauen Angeboten abfedern zu können, ist daher die Betrachtung von kleinen Räumen erforderlich. Der Sozialraum als lokaler Lebens- und Aktionsraum gilt dabei als zentrale Bezugsgröße.

Entstanden ist diese Publikation im Rahmen des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Ziel des Landesmodellvorhabens ist es, allen Kindern gute Bildung und gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen.

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Mit finanzieller Unterstützung
des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds

Stand: Juni 2016